

PARTEITAG EUROPA

29. SEPTEMBER 2018



SPD DÜSSELDORF

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD Düsseldorf

An
alle Delegierten des UB-Parteitages
die Delegierten der UB-Arbeitsgemeinschaften,
die gewählten Delegierten zur UB-Delegiertenkonferenz „Europa“
die Revisionskommission,
die im UB gewählten Bundes-, Landtags- und Europaabgeordneten,
Ratsmitglieder, die SPD-Beigeordneten,
die UB-Ausschussmitglieder,
die Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt,
die Vorsitzenden der SJD - Die Falken und des Arbeitersamariterbundes,
die Regio Bergisches Land/Düsseldorf, den SPD-Landesvorstand und der SGK zur Kenntnis,
die Pressevertreter

26.6.2018

Einladung zum europapolitischen Parteitag Einladung zur UB-Delegiertenkonferenz „Europa“

Liebe Genossinnen und Genossen,

zu unserem europapolitischen Parteitag „Deutschland in und mit Europa“ sowie zur UB-Delegiertenkonferenz „Europa“ laden wir Euch mit diesem Schreiben herzlich ein.

Parteitag der SPD Düsseldorf
UB-Delegiertenkonferenz „Europa“
Samstag, 29. September 2018, 10.00 Uhr
Geschwister-Scholl-Gymnasium
Redinghovenstraße 41, 40225 Düsseldorf

Europa war lange das Versprechen auf eine bessere Zukunft. Eine Zukunft in sicherem Frieden, mit wachsendem Wohlstand und mit mehr Freiheiten. Heute aber glauben viele dieses Versprechen nicht mehr und immer mehr Menschen zweifeln an Europa. Die Antwort von verantwortungsvoller Politik muss deshalb lauten, erneut die Begeisterung für Europa zu wecken. **Aber wie?** Wir freuen uns auf eine intensive Debatte darüber, in welchem Europa wir leben wollen.

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung + Konstituierung des Parteitages und der UB-Delegiertenkonferenz „Europa“

- Eröffnung und Begrüßung
- Feststellung der Tages- und Geschäftsordnung
- Wahl eines Präsidiums und mehrerer Zählkommissionen
- Bericht über die Mandatsprüfung

Unterbrechung Parteitag / Beginn der UB-Delegiertenkonferenz „Europa“

Wahl von Delegierten für die Landesdelegiertenkonferenz „Europa“ am 17.11.2018

Fortsetzung Parteitag

2. Impulsreferat: Petra Kammerevert

3. Diskussion „Deutschland in und mit Europa“

4. Anträge und Diskussion

5. Schlusswort

Der Antragsschluss für den Parteitag ist der 14. September 2018. Wir bitten alle Ortsvereine, die neue Delegierte wählen, diese zeitnah zu melden.

Zum UB-Parteitag sind die 170 in den Ortsvereinen gewählten Delegierten, die 15 Mitglieder des UB-Parteivorstandes sowie 25 Delegierte aus den Arbeitsgemeinschaften stimmberechtigt.

Zur UB-Delegiertenversammlung „Europa“ sind nur die 170 Delegierten in gesonderter Wahl in den Ortsvereinen gewählte Delegierte wahlberechtigt. UB-Vorstand und Delegierte aus Arbeitsgemeinschaften sind nicht wahlberechtigt.

WICHTIG: Der Parteitag wird zur UB-Delegiertenversammlung „Europa“ unterbrochen. Bei Eintritt zur Konferenz erfolgt die Prüfung der Wahlberechtigung der Teilnehmenden. Für beide Veranstaltungen gelten unterschiedliche Delegiertenkörper.

Wir bitten alle stimmberechtigten Mitglieder des Parteitages ihr Mandat wahrzunehmen oder gegebenenfalls die Vertretung durch Ersatzdelegierte sicherzustellen. Die Delegiertenausweise werden bei der Türkontrolle ausgegeben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Andreas Rimkus
Vorsitzender

gez. Günter Freitag
Geschäftsführer

An alle gewählten Delegierten
zur UB-Delegiertenversammlung „Europa“



**Einladung zur UB-Delegiertenversammlung „Europa“
der fünf Delegierten zur Landesdelegiertenkonferenz für die Europawahl 2019**

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 17.11.2018 findet die Landesdelegiertenkonferenz zur Europawahl 2019 statt. Zu dieser Konferenz kann die SPD Düsseldorf fünf Delegierte entsenden. Wir laden Dich herzlich zu unserer UB-Delegiertenversammlung „Europa“ ein, um die Delegierten der SPD Düsseldorf zu wählen. Die Versammlung findet statt:

UB-Delegiertenversammlung „Europa“

Samstag, 29. September 2018, 10.00 Uhr
Heinrich-Heine-Gesamtschule,
Graf-Recke-Straße 170, 40273 Düsseldorf

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl eines Versammlungsleiters/einer Versammlungsleiterin
und eines Schriftführers/einer Schriftführerin
3. Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission
4. Wahl der fünf Delegierten zur Landesdelegiertenkonferenz für die Europawahl 2019
5. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Rimkus MdB
Vorsitzender

Günter Freitag
Geschäftsführer

Delegiertenschlüssel 2018

SPD Düsseldorf

NAME_DER_ORGANISATION	Gesamt
SPD-OV Düsseldorf-Angermund	2
SPD-OV Düsseldorf-Benrath	8
SPD-OV Düsseldorf-Bilk	14
SPD-OV Düsseldorf-Eller	8
SPD-OV Düsseldorf-Düsseltal-Flingern	12
SPD-OV Düsseldorf-Flingern	4
SPD-OV Düsseldorf-Vennhausen Freiheit-Tannenhof	6
SPD-OV Düsseldorf-Freilichtbühne	4
SPD-OV Düsseldorf-Friedrichstadt	6
SPD-OV Düsseldorf-Garath-Hellerhof	4
SPD-OV Düsseldorf-Garath-Ost	2
SPD-OV Ortsverein im Stadtbezirk 7	13
SPD-OV Düsseldorf-Heerdt-Lörick	5
SPD-OV Düsseldorf-Hennekamp	3
SPD-OV Düsseldorf-Lierenfeld	3
SPD-OV Düsseldorf-Oberbilk	7
SPD-OV Düsseldorf-Oberkassel-Niederkassel	6
SPD-OV Düsseldorf-Nord	4
SPD-OV Düsseldorf-Unterbach	2
SPD-OV Düsseldorf-Wersten	7
SPD-OV Düsseldorf-Wittlaer	3
SPD-OV Ortsverein im Stadtbezirk 6	16
SPD-OV Düsseldorf-Mitte-Nord	26
SPD-OV Düsseldorf-Rheinbogen-Süd	5
Gesamt	170

Gremienbesetzung

Präsidium (Treffpunkt 9.30 Uhr auf Parteitag)

Leitung des Parteitages: Dirk Jehle
stellv. Leitung des Parteitages: Jana Volkhausen
stellv. Leitung des Parteitages: Zanda Martens
stellv. Schriftführung: Nihan Özgüz
stellv. Schriftführung: N.N.

Mandatsprüfung (Treffpunkt 9.30 Uhr auf Parteitag)

SPD-OV Düsseldorf-Angermund
SPD-OV Düsseldorf-Benrath
SPD-OV Düsseldorf-Bilk
SPD-OV Düsseldorf-Eller

Zählkommission

SPD-OV Düsseldorf-Düsseltal-Flingern
SPD-OV Düsseldorf-Flingern
SPD-OV Düsseldorf-Vennhausen Freiheit-Tannenhof
SPD-OV Düsseldorf-Freilichtbühne
SPD-OV Düsseldorf-Friedrichstadt
SPD-OV Düsseldorf-Garath-Hellerhof

Antragskommission

Treffpunkt Dienstag, 25.9. um 17.30 Uhr Parteihaus

Der Antragskommission gehören an:

Ein Mitglied des UB-Vorstandes

N.N.

Ein Mitglied des Vorstandes des UB-Ausschusses

N.N.

5 Vertreter(innen) der Ortsvereine

SPD-OV Ortsverein im Stadtbezirk 7
SPD-OV Düsseldorf-Heerd-Lörick
SPD-OV Düsseldorf-Hennekamp
SPD-OV Düsseldorf-Lierenfeld
SPD-OV Düsseldorf-Oberbilk

sowie mit beratender Stimme ein(e) Vertreter (in) des vorgeschlagenen Präsidiums des Parteitages, je ein(e) Vertreter (in) der Arbeitsgemeinschaften

1 **Antrag 1**

2
3 Antragsteller: AsJ Düsseldorf - Mettmann - Neuss

4 Adressat:

5 6 **Europäische Sozialunion auf der Grundlage der Europäischen** 7 **Säule sozialer Rechte vorantreiben**

8 Der UB Parteitag fordert den Parteivorstand, die SPD-Abgeordneten im Europaparlament, im
9 Bundestag und in den Landtagen, die SPD-Mitglieder in den Bundes- und Landesregierungen,
10 alle mit Europapolitik befassten Funktionäre und Mitglieder sowie die Delegierten des
11 Europaparteitags 2019 dazu auf, der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) einen hohen
12 Stellenwert in der europapolitischen Parteilinie und Programmatik, im SPD-
13 Europawahlprogramm 2019, im Europa-Wahlkampf und im europapolitischen Diskurs in
14 Deutschland und mit anderen Mitgliedstaaten beizumessen.
15 Dabei sollen das Potential der ESSR zur Bildung der europäischen Sozialunion in den
16 Vordergrund gestellt und ihre Grundsätze weit ausgelegt werden. Die noch bestehenden
17 Lücken und der erforderliche Bedarf einer Komplettierung sollen ebenfalls thematisiert werden.

18
19 Für die Umsetzung der ESSR wichtige und im Diskurs anzusprechende Punkte sind:

20 Neuausrichtung der EU-Haushaltspolitik und des Binnenmarktes

21 Eine ehrgeizige Umsetzung der finanzträchtigen Bereiche der ESSR geht nur in Abkehr von der
22 restriktiven Haushaltspolitik. Die EU muss im Rahmen der wirtschaftspolitischen Koordinierung
23 den Mitgliedstaaten die erforderlichen finanziellen Handlungsspielräume gewähren. Die
24 langfristige Solidität der Staatshaushalte muss allerdings gewahrt werden, ggf. sind
25 Steuererhöhungen in Erwägung zu ziehen.

26 Um die ESSR nicht zu konterkarieren, darf der Binnenmarkt kein Steuer- und Sozialdumping
27 befördern und muss die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer achten. Bei den
28 Rechtssetzungen ist darauf zu achten, dass soziale Belange und Rechte der Arbeitnehmerinnen
29 und Arbeitnehmer nicht an anderer Stelle, etwa mittelbar oder unmittelbar als Folge der
30 Binnenmarktpolitik eingeschränkt werden.

31 Die SPD soll gegenüber der Kommission deutlich machen, dass sie erwartet, dass in
32 Kollisionsfällen von Grundfreiheiten, Binnenmarkt und sozialen Rechten und Sozialpolitik die
33 Rechte der ESSR in einem hohen Maße in ihren Stellungnahmen an den EuGH Eingang finden.
34 Es muss für den EuGH verbindlich klargestellt werden, dass im Kollisionsfall die sozialen
35 Grundrechte in Europa mit einem hohen Gewicht gegen die Grundfreiheiten abgewogen
36 werden müssen. Neben einer Primärrechtsänderung durch das Soziale Fortschrittsprotokoll soll
37 ein Beschluss des EP zur Interpretation der Grundfreiheiten mit entsprechenden Ausnahmen
38 versucht werden.

39 Der Binnenmarkt muss den Belangen der Daseinsvorsorge und der kommunalen
40 Selbstverwaltung mehr als bislang Rechnung tragen. Ausnahmen vom europäischen
41 Wettbewerbsrecht dafür sind erforderlich.

42 43 Beiträge von Kommission und Rat

1 Der Umsetzungsprozess der ESSR muss von der Europäischen Union koordiniert werden, damit
2 zögerliche Mitgliedstaaten sich nicht erneut einen Wettbewerbsvorteil verschaffen.
3 Die Europäische Kommission soll aufgefordert werden, ein Aktionsprogramm zur Umsetzung
4 der ESSR aufzulegen und dabei ihre sozialpolitischen Kompetenzen ausschöpfen
5 Das Aktionsprogramm soll eine mitgliedstaatliche Komponente enthalten und im Rahmen des
6 Europäischen Semesters von der Kommission und dem Rat in den länderspezifischen
7 Empfehlungen für die einzelnen Mitgliedstaaten konkretisiert werden.

8 9 Beiträge der Mitgliedstaaten

10 Die Gesetzgebungsinitiativen der Europäischen Kommission zur Umsetzung der ESSR sollen
11 grundsätzlich konstruktiv begleitet werden. Im Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen
12 Union 2021 – 2027 müssen mindestens entsprechend dem Vorschlag der Union anteilig Mittel
13 für die Umsetzung der ESSR bereitgestellt werden.

14 Da die ESSR in einem hohen Maße von den Mitgliedstaaten umzusetzen ist, soll die SPD auf
15 allen Ebenen ihre Kontakte und Möglichkeiten im europäischen Diskurs nutzen, um für die ESSR
16 zu werben.

17 Die SPD soll die einzelnen Grundsätze daraufhin überprüfen, inwieweit sich aus der ehrgeizigen
18 Interpretation der ESSR für die Bundesrepublik Deutschland sozialpolitischer Anpassungsbedarf
19 ergibt.

20 Der UB-Vorstand ist gebeten, diesen Antrag beim Europaparteitag der SPD im Frühjahr 2019
21 einzubringen.

22 23 Begründung:

24 25 Neuausrichtung des sozialpolitischen Diskurses der Europäischen Kommission

26 Die Europäische Kommission hat in ihrem sozialpolitischen Diskurs - allerdings nicht in ihrer
27 Politik - einen Paradigmenwechsel vollzogen. Von 2005 (Neufassung der Lissabon-Strategie) bis
28 2014 wurde Sozialpolitik vor allem als ein Anhängsel der Wirtschafts- und Wachstumspolitik
29 und unter Anpassungszwang an die Globalisierung stehend gesehen und thematisiert. Es ging
30 um die Integration in den Arbeitsmarkt, Aktivierung und Flexibilisierung der Menschen, und die
31 Kommission hielt die Einpassung der sozialen Sicherungssysteme an von ihr herausgestrichene
32 (welt)wirtschaftlichen Imperative für erforderlich.

33 Die Umdeutung der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 in eine Staatsschuldenkrise und die
34 daraufhin von der EU forcierte Austeritätspolitik hat in vielen Mitgliedstaaten zu einer - je nach
35 Gruppe von Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Ausmaß - weiteren Erosion der
36 Sozialstaatlichkeit geführt, am deutlichsten und in dramatischer Weise in den
37 Programmländern. Das sind jene, die Finanzhilfen aus der Europäischen
38 Finanzstabilisierungsfazilität und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus erhalten haben
39 und sich dafür zu weitgehenden Reformen verpflichten mussten.

40 Europaskepsis, -kritik- und -ablehnung, nationalistische und populistische Bewegungen und
41 Parteien sind in Europa auf dem Vormarsch. Zu den Ursachen zählen nicht zuletzt die sozialen
42 Schief lagen und sozialen Missstände, Globalisierungsängste und der Umbruch der Arbeitswelt,
43 die zu einem Verlust an Sicherheit und des Sicherheitsgefühls geführt haben und führen.

44

1 Die Europäische Säule sozialer Rechte

2 Jean Claude Juncker hat dies erkannt und angekündigt, die Arbeit der Kommission sozialer
3 auszurichten. Europa solle ein soziales Tripple A erhalten. Ausfluss dieser neuen Politik ist die
4 Europäische Säule sozialer Rechte, die auf dem Sozialgipfel der Regierungschefs in Göteborg -
5 dem ersten seit zwanzig Jahren - am 17. November 2017 vom EP, dem Rat und der Kommission
6 proklamiert wurde. Sie ist eine rechtlich unverbindliche Erklärung mit 20 allgemeinen
7 Grundsätzen, die als Rechte formuliert sind. Sie gliedert sich in die Teile Chancengleichheit und
8 Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen sowie Sozialschutz und soziale Inklusion.
9 Im Einzelnen werden Grundsätze/Rechte für die folgenden Themen formuliert:
10 Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang: Allgemeine und berufliche Bildung und
11 lebenslanges Lernen, Gleichstellung der Geschlechter, Chancengleichheit, Aktive Unterstützung
12 für Beschäftigung.
13 Faire Arbeitsbedingungen: Sichere und anpassungsfähige Beschäftigung, Löhne und Gehälter,
14 Informationen über Beschäftigungsbedingungen und Kündigungsschutz, Sozialer Dialog und
15 Einbeziehung der Beschäftigten, Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, Gesundes, sicheres
16 und geeignetes Arbeitsumfeld und Datenschutz.
17 Sozialschutz und soziale Inklusion: Betreuung und Unterstützung von Kindern, Sozialschutz,
18 Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Mindesteinkommen, Alterseinkünfte und Ruhegehälter,
19 Gesundheitsversorgung, Inklusion von Menschen mit Behinderungen, Langzeitpflege,
20 Wohnraum und Hilfe für Wohnungslose, Zugang zu essentiellen Dienstleistungen.
21 Viele der Ziele aus dem Vertrag von Lissabon und der Grundrechtecharta finden sich wieder.
22 Jedoch geht die ESSR auch darüber hinaus. Sie ist vielfach konkreter, so etwa mit dem Recht auf
23 armutsfreie Kindheit oder dem Recht auf Zugang von Hilfsbedürftigen zu hochwertigen
24 Sozialwohnungen. Insgesamt ist von 35 Rechten die Rede. Die ESSR richtet sich an die EU und
25 an die Mitgliedstaaten und soll in einem hohen Maße im Rahmen der europäischen
26 Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik umgesetzt werden, die im Europäischen
27 Semester verfahrensmäßig zusammengefasst ist.
28 Allerdings fehlen das Recht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum, die betriebliche
29 Mitbestimmung und die Mitbestimmung im Aufsichtsrat. Beim Kündigungsschutz fällt die ESSR
30 hinter die Grundrechtecharta zurück. Der in Art 30 Grundrechtecharta gewährt Schutz vor
31 ungerechtfertigter Kündigung - im Rahmen der „Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten“ der
32 Mitgliedstaaten - kommt in der ESSR nicht mehr vor. Die Nr. 7 gewährt lediglich Informations-,
33 Verfahrens- und ggf. Entschädigungsrechte. Das ist insofern gravierend, weil die
34 Mitgliedstaaten entsprechend Ihrer Kompetenzen zur Umsetzung der ESSR aufgerufen sind.
35 Hier wirkt die europäische Politik der Flexibilisierung fort.
36 Der Grundsatz sichere und anpassungsfähige Beschäftigung (Nr. 5), der Mindestlohn (Nr. 6), die
37 Leistungen bei Arbeitslosigkeit (Nr. 13) und das Mindesteinkommen (Nr. 14) werden im Hinblick
38 auf die Wahrung von Flexibilität und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ebenfalls
39 eingeschränkt.
40 Die ESSR ist also noch nicht ausreichend. Sie ist aber eine breit angelegte Auflistung sozialer
41 Grundsätze und Rechte. Würde sie verwirklicht, wäre die Europäische Sozialunion in einem
42 hohen Ausmaß realisiert. Es lohnt sich daher, an ihr anzusetzen und sich auf sie zu beziehen.
43 Die ESSR fordert über weite Strecken eine Arbeits- und Sozialpolitik, die auf einen
44 eigenständigen und hohen Sozialschutz ausgerichtet ist. Z. B.: gerechte Entlohnung und

1 angemessener Lebensstandard sowie Mindestlöhne (unter Wahrung der Tarifautonomie, Nr. 6),
2 Recht auf Freistellungs- und Arbeitszeitregelungen bei Betreuungs- und Pflegepflichtigen (Nr. 9),
3 Recht auf hochwertige, bezahlbare frühkindliche Bildung und Betreuung und auf eine
4 armutsfreie Kindheit (Nr. 10), Recht auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenmaßnahmen (Nr. 13),
5 Recht auf Altersbezüge für ein würdevolles Leben (Nr. 15), Recht auf Langzeitpflege (Nr. 18).
6 Die Grundsätze sind naturgemäß unbestimmt und sollen als Kompass für eine Umsetzung
7 entsprechend den jeweiligen sozioökonomischen und spezifischen Rahmenbedingungen der
8 Mitgliedstaaten dienen.
9 Die rechtliche Unverbindlichkeit der ESSR und der auf statistischen Problemanalysen und
10 unverbindliche Umsetzungsempfehlungen basierende Ansatz des Europäischen Semesters
11 haben der ESSR den Vorwurf eingebracht, lediglich Symbolpolitik zu sein.

12

13 Sozialpolitik bislang Stiefkind der europäischen Integration

14 Die europäische Sozialpolitik ist bislang aufgrund der Dominanz von Binnenmarkt und
15 Wirtschafts- und Währungsunion das Stiefkind der europäischen Integration geblieben. Einer
16 Ausstattung mit kräftigen sozialpolitischen Kompetenzen der EU haben sich die Mitgliedstaaten
17 widersetzt, zuletzt im Verfassungskonvent und in der Regierungskonferenz zum Vertrag von
18 Lissabon. Zwar gab es eine Erweiterung sozialpolitischer Ziele (v. a. soziale Marktwirtschaft),
19 die soziale Querschnittsklausel und die verbindliche Grundrechtecharta mit sozialen
20 Grundrechten aber eben keinen Aufwuchs an sozialpolitischen Kompetenzen. Neben dem
21 politischen hat das aber auch einen sachlichen Hintergrund: Die Heterogenität der in der EU
22 vertretenen Wirtschafts- und Sozialsysteme und die tiefe Nord-Süd und Ost-West-Spaltung in
23 sozioökonomischer Hinsicht stehen dem Ansatz einer Harmonisierung entgegen. Da die
24 Gemeinschaftsmethode nicht weiter hilft, ist es konsequent, die Mitgliedstaaten politisch in die
25 Pflicht zu nehmen und dafür das im Zuge der Strategie Europa 2020 entwickelte und in der
26 Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkte Instrumentarium der wirtschafts- und sozialpolitischen
27 Koordinierung, das Europäische Semester, zu nutzen.

28

29 Mehr erweiternde Sozialpolitik im Europäischen Semester

30 Das im Zuge der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise entwickelte Instrumentarium des
31 Europäischen Semesters ist ganz überwiegend fiskal- und haushaltspolitisch ausgerichtet und
32 hat den finanziellen Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten und damit den Spielraum für
33 Sozialpolitik eingeengt. Auch hier ist das Ausmaß in den einzelnen Mitgliedstaaten
34 unterschiedlich.

35 Der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales und dem Rat für Beschäftigung und
36 Sozialpolitik ist es in der Zwischenzeit verstärkt gelungen, Themen und Empfehlungen
37 expansiver Sozialpolitik in das Europäische Semester und in die länderspezifischen
38 Empfehlungen einzubringen, ohne dass die Dominanz der Wirtschafts- und Finanzpolitik
39 hinfällig wäre. Mit der ESSR und dem damit verbundenem Überwachungssystem wird nun das
40 sozialpolitische Instrumentarium im Europäischen Semester gestärkt und es kann ein
41 vermehrter Output expansiver sozialpolitischer Empfehlungen erwartet werden. Die
42 Kommission muss nun entsprechende Vorschläge machen.

43 An dem Beispiel Mindestlöhne zeigt sich, dass das aber noch nicht der Fall ist. Gesetzliche, bzw.
44 tarifpolitische Mindestlöhne gibt es in allen Mitgliedstaaten in Europa. Das Problem ist die

1 Höhe. Im April 2017 hat die Kommission die ESSR beschlossen. In ihren Entwürfen zu den
2 länderspezifischen Empfehlungen vom 22. Mai 2017 hat sich das noch nicht niedergeschlagen.
3 Die Messlatte für die in der Nr. 6 proklamierten angemessenen Mindestlöhne wird in der
4 internationalen Mindestlohndiskussion immer mehr bei 60 Prozent des nationalen
5 Medianlohns verortet. Die Kommission hat aber in ihren länderspezifischen Empfehlungen für
6 Portugal und Frankreich, die diesem Schwellenwert sehr nahe kommen, bzw. ihn erfüllen, die
7 Höhe des Mindestlohnes kritisch kommentiert. Sehr kritisch hat die Kommission auch die
8 Mindestlohnsteigerungen in Bulgarien und Rumänien, die beide ein sehr niedriges absolutes
9 Mindestlohniveau aufweisen, gesehen und sie implizit aufgefordert, für ein nur moderates
10 Wachstum der Mindestlöhne zu sorgen.

11 In den länderspezifischen Empfehlungen für 2018 ist eine geändert Handschrift ebenfalls nicht
12 zu erkennen. Bei Bulgarien, das bis 2020 weitere Mindestloohnerhöhungen angekündigt hat,
13 wird festgestellt, dass das der Mindestlohn nicht nach objektiven Kriterien bemessen wurde,
14 und dass sich der Anteil der Beschäftigten mit Mindestlohn in den letzten sechs Jahren
15 verdoppelt hat. Es könnten Probleme für die Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung
16 entstehen. Empfohlen wird, die Regelung zum Mindesteinkommen klar und transparent zu
17 gestalten und ihre Finanzierbarkeit und Angemessenheit zu verbessern. Für Rumänien wird der
18 hohe Anstieg des Mindestlohnes seit 2015 angeführt und anstatt der politischen Festsetzung
19 des Mindestlohnes ein objektives Verfahren gefordert. Frankreich wird aufgefordert,
20 sicherzustellen, dass die Entwicklung des Mindestlohnes mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze
21 und der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit in Einklang steht. In den länderspezifischen
22 Empfehlungen finden sich für Portugal 2018 keine Ausführungen zu dem Mindestlohn.
23 Auch bei den länderspezifischen Empfehlungen für Deutschland ist die nunmehrige Existenz der
24 ESSR nicht erkennbar. Sie stimmen 2016, 2017 und 2018 in einem hohen Maße überein.

25

26 Ausschöpfung des Acquis Communautaire

27 Neben der Umsetzung im Rahmen der europäischen Koordinierung der Wirtschafts- und
28 Sozialpolitik wird die ESSR auch mit der Gemeinschaftsmethode realisiert. So hat die
29 Kommission Richtlinien- und andere Vorschläge unterbreitet:

- 30 • Den Vorschlag für eine Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern
31 und pflegende Angehörige sowie ergänzende nichtlegislative Maßnahmen
- 32 • Den Vorschlag für eine Richtlinie über transparente und verlässliche
33 Arbeitsbedingungen, mit der der Schutz von prekär Beschäftigten verbessert werden
34 soll.
- 35 • Den Vorschlag für neue Grenzwerte für die Exposition gegenüber fünf Chemikalien in
36 der Richtlinie über Karzinogene und Mutagene zum verbesserten Schutz vor
37 arbeitsbedingten Krebserkrankungen. Außerdem hat die EU-Agentur für Sicherheit und
38 Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz eine europaweite Kampagne zur Sensibilisierung für
39 gefährliche Stoffe gestartet
- 40 • Zudem gibt es einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates über den Zugang zum
41 Sozialschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für Selbstständige, die nicht
42 ausreichend durch die Sozialschutzsysteme geschützt sind.

43 Bei 20 Grundsätzen der ESSR und bei einem noch unausgeschöpften sozialpolitischen Acquis ist
44 das noch nicht überzeugend.

1 Dabei könnte die EU ein Programm analog der Sozialagenda 2008 auflegen. Damals wurden in
2 sieben Themenfeldern Prioritäten benannt: Diskriminierungsbekämpfung und Gleichstellung
3 der Geschlechter, Kinder und Jugendliche, Beschäftigung und Bildung, Mobilität, Gesundheit,
4 Armuts- und Ausgrenzungsbekämpfung, globale Chancen und Solidarität. Die Umsetzung der
5 Agenda sollte durch eine Mischung unterschiedlicher politischer Instrumente erreicht werden.
6 Der DGB-Vorsitzende Rainer Hoffmann hat denn auch aktuell einen Aktionsplan zur Umsetzung
7 der ESSR in europäisches und nationales Recht gefordert. Jedenfalls soll die Kommission im
8 Hinblick auf die ESSR den Acquis ausschöpfen und dies in einer neuen Sozialagenda darlegen.
9 Darin sollen auch die erwarteten nationalen Umsetzungsbeiträge skizziert werden und für
10 jeden Mitgliedstaat dann konkretisiert in das Europäische Semester und die länderspezifischen
11 Empfehlungen eingehen.

12 In Ihrem Vorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 – 2027 hat die Europäische
13 Kommission zur Ausgestaltung der Kohäsionspolitik fünf thematische Schwerpunkte
14 vorgeschlagen. Einer davon hat ein sozialeres Europa zum Ziel und bezieht sich auf die
15 Umsetzung der ESSR. Dabei sollen insbesondere die Infrastruktur für lebenslanges Lernen sowie
16 Bildung und Ausbildung und außerdem für Gesundheit, Kultur und Soziales gefördert werden.
17 Die SPD sollte den vorgeschlagenen Umsetzungsbeitrag des Mehrjährigen Finanzrahmens zur
18 ESSR unterstützen.

19

20 Neuausrichtung der Binnenmarktpolitik auch im Hinblick auf die Daseinsvorsorge

21 Die ESSR muss, um eine europäische Sozialunion zu schaffen, auch ein Schutzschild gegen
22 Maßnahmen und Vorschläge der Kommission sein, die ihrer Umsetzung entgegenstehen. Das
23 verlangt eine Abkehr von der bisherigen Binnenmarktpolitik. Anstatt eines sozialpolitisch
24 regulierten Wettbewerbs hat der Binnenmarkt den Wettbewerb der sozialpolitischen Regeln,
25 einen Lohnunterbietungs-, Derregulierungs- und Steuersenkungswettlauf gebracht. Der
26 Binnenmarkt muss in Zukunft auch den sozialpolitischen Erfordernissen und den Rechten der
27 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Rechnung tragen. Wenn unzureichend koordiniert,
28 kann die ESSR zudem zu einer neuen Variante dieses Wettbewerbs führen, indem nämlich die
29 zögerlichen Mitgliedstaaten sich einen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

30 Das europäische Beihilfe- und Vergaberecht hat in den letzten Jahren im Zuge der Ausweitung
31 des Binnenmarktes den kommunalen Handlungsspielraum in der Daseinsvorsorge zunehmend
32 eingeschränkt. So sind die Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen durch die Stadtwerke und
33 auch der kommunale Querverbund erschwert worden. Das Spannungsverhältnis zwischen
34 kommunaler Selbstverwaltung und Binnenmarkt hat sich zu Ungunsten der kommunalen
35 Selbstverwaltung entwickelt. Die in den Vertrag von Lissabon eingefügte Achtung der
36 kommunalen Selbstverwaltung und das Protokoll Nr. 26 über Dienste von allgemeinem
37 Interessen haben sich bislang in der europäischen Gesetzgebung und in der Umsetzung des
38 Wettbewerbsrechts zu wenig niedergeschlagen. Auch im Hinblick auf die Daseinsvorsorge muss
39 der überschießende Binnenmarkt eingedämmt werden.

40 Die Rahmenbedingungen für die kommunale Selbstverwaltung müssen durch Ausnahmen im
41 europäischen Wettbewerbsrecht für überwiegend lokale Tätigkeiten und eine Reduzierung von
42 Komplexität verbessert werden.

43

44 Stärkere Gewichtung der sozialen Grundrechte im Kollisionsfall

1 Zu lösen ist auch die Unwucht zwischen sozialen Grundrechten, hier der Koalitionsfreiheit und
2 den Grundfreiheiten, hier der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit. In den Urteilen
3 Viking und Laval, die allerdings vor dem Inkrafttreten der Grundrechtecharta gefällt wurden, hat
4 der EuGH in diesen Kollisionsfällen die Grundfreiheiten faktisch über die sozialen Grundrechte
5 gestellt und in den beiden Fällen Streiks für EU-rechtswidrig erklärt.
6 Der Grundsatz Nr. 6 der ESSR verweist auf die Wahrung der Tarifautonomie. Das schließt nach
7 deutschem Verständnis das Streikrecht mit ein. Auch insofern muss die Schieflage zwischen
8 Grundfreiheiten und sozialen Grundrechten aufgrund der Rechtsprechung des EuGH beseitigt
9 werden.

10 So muss eindeutig klargestellt werden, dass die sozialen Grundrechte, gerade auch das
11 Koalitions- und Streikrecht, nicht den Grundfreiheiten faktisch untergeordnet werden können.
12 Das könnte etwa durch das Soziale Fortschrittsprotokoll geschehen, das der Europäische
13 Gewerkschaftsbund vorgeschlagen hat. Es soll den Rang von Primärrecht haben und bei
14 Kollisionen mit Grundfreiheiten den sozialen Rechten Vorrang einräumen.

15 Das Europäische Parlament, das im Hinblick auf die Grundfreiheiten einen
16 Gestaltungsspielraum hat, könnte alternativ Materien der Sozialpolitik und die
17 Koalitionsfreiheit vom Geltungsbereich der einzelnen, hier kritischen Grundfreiheiten
18 ausnehmen. Das ist einfacher umzusetzen als das Soziale Fortschrittsprotokoll, weil keine
19 Primärrechtsänderung erforderlich ist. Es ist aber rechtlich riskant und letztlich von der
20 Zustimmung des EuGH abhängig.

21 Wichtig ist auch der Tenor in Stellungnahmen der Kommission bei Verfahren vor dem EuGH,
22 wenn sich Grundfreiheiten und Binnenmarkt und Sozialpolitik gegenüberstehen. Es wäre zu
23 erwarten, dass die Kommission dann auch die Belange der ESSR mit einem hohen Gewicht in
24 ihre Stellungnahmen einbezieht.

25 Reiner Hoffmann zur ESSR

26 Zur Proklamation der ESSR führte der Vorsitzende des DGB Reiner Hoffmann aus: „Es wird
27 höchste Zeit für eine europäische Sozialpolitik, die ihren Namen auch verdient. In den
28 vergangenen 10 Jahren sind europaweit Arbeitnehmerrechte geschleift und missachtet
29 worden, bei Löhnen und Tarifbindung, und bei sozialen Sicherungssystemen. Millionen
30 Menschen wurden dadurch in Arbeitslosigkeit und Armut getrieben - und die rechten
31 Populisten gewannen an Boden. Die ESSR ist die einmalige Chance für eine soziale Wende, weg
32 von dem einseitigen Wettbewerbsverständnis, wonach der billigste Anbieter und beste
33 Ausbeuter gewinnt, hin zu einem Europa, das sozial investiert und die Rechte seiner
34 Bevölkerung verteidigt und modernisiert. Europa braucht die Säule, damit das Vertrauen der
35 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieses europäische Einigungs- und Friedensprojekt
36 gestärkt wird.“

37 Die SPD muss diese einmalige Chance nutzen.

1 Antrag 2

2
3 **Antragsteller*innen:** Jusos Düsseldorf

4 **Adressat*innen:** Unterbezirksparteitag, Bundestagsfraktion der SPD,-Regierungsmitglieder der
5 SPD,-Bundesvorstand der SPD,-Europaparlamentsfraktion der SPD sowie der S&D

7 Europäische Säule sozialer Rechte

8
9 Der Unterbezirksparteitag beschließt:

10
11 die SPD Mitglieder der S&D Fraktion im Europaparlament, die SPD Mitglieder in der
12 Bundesregierung und die Mitglieder der SPD Fraktion im Deutschen Bundestag aufzufordern,
13 sich für ein verbindliches und einklagbares Maßnahmenpaket für ein sozialeres Europa sowie
14 für die konkrete und rechtsverbindliche Um- und Durchsetzung der Grundsätze der
15 Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) einzusetzen.

16
17 Dabei dürfen die bereits geltenden internationalen, europäischen sowie nationalen Arbeits-
18 und Sozialrechte, die besser, verbindlicher und teilweise einklagbar sind, nicht aufgeweicht
19 werden.

20
21 Die SPD Vertreter*innen werden aufgefordert, sich insbesondere für folgende
22 Verbesserungsmaßnahmen und rechtsverbindliche Schritte einzusetzen:

- 23
- 24 - Eine neue Dynamik in der sozialen Dimension der EU und verbindliche Festlegung eines
25 besseren Schutzes für Arbeitnehmer*innen individual- und kollektivrechtlich.
 - 26
 - 27 - Eine rechtliche Verankerung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am
28 gleichen Ort“. Gesetzgebungsvorschläge, die die sozialen Errungenschaften gefährden,
29 müssen zurückgezogen werden, hierzu gehört insbesondere das Dienstleistungs- und
30 das Mobilitätspaket.
 - 31
 - 32 - Ein Aktionsplan, der die 20 in der ESSR enthaltenen Grundsätze in EU- und, wo nötig, in
33 nationales Recht umsetzt.
 - 34
 - 35 - Eine Integration der Grundsätze in das europäische Semester und die jährlichen
36 länderspezifischen Empfehlungen von Kommission, Rat und Europäischem Parlament.
 - 37
 - 38 - Eine Stärkung des sozialen Dialogs der EU durch die zügige Weiterleitung beschlossener
39 Sozialpartnervereinbarungen an den Rat und das Europäische Parlament, damit diese in
40 verbindliche Richtlinien umgewandelt werden.
 - 41
 - 42 - Eine finanzielle Unterfütterung der ESSR spätestens im Rahmen des mehrjährigen
43 Finanzrahmens 2020–2026 der EU, um mit Hilfe des EU-Haushalts Investitionen in

1 Wachstum und Beschäftigung sowie die Sicherheit der Menschen in Europa und darüber
2 hinaus zu gewährleisten.

3
4 - Der Vorrang sozialer Grundrechte gegenüber den Binnenmarktfreiheiten durch die
5 Aufnahme eines sozialen Fortschrittsprotokolls in die EU-Verträge.

6
7 - Eine Beseitigung der Konstruktionsfehler in der Architektur der Wirtschafts- und
8 Währungsunion durch eine grundlegende Reform. Dabei müssen die soziale Dimension
9 und die Rolle des Europäischen Parlaments gestärkt werden.

10
11
12 Begründung:

13
14 Die EU Kommission hatte zu Beginn der Legislaturperiode 2014 versprochen, die soziale
15 Komponente der EU zu stärken, eine „Soziale Säule“ sollte das verlorene Vertrauen der
16 Bürger*innen zurückgewinnen. Die darauffolgenden Vorschläge sind leider weit hinter den
17 geweckten Erwartungen geblieben. Direkte Maßnahmen wurden nur selten ins Spiel gebracht,
18 das Gros der Vorschläge bewegte sich im Bereich der Konsultationen, der Empfehlungen an den
19 Mitgliedstaaten und des Best-Practice-Austausches.

20
21 Auf dem Göteborger Sozialgipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum am 17. November 2017
22 haben sodann das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission die
23 sogenannte Europäische Säule sozialer Rechte proklamiert. Sie sollte der erste Schritt sein, um
24 die Forderung von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker von 2014 umzusetzen,
25 Europa müsse bei den sozialen Grundrechten ein ebenso hohes Vertrauen aufbauen wie bei
26 Finanzen und Wirtschaft.

27
28 Die ESSR ist in der Tat lediglich als erster Schritt in Richtung soziales Europa zu bewerten. Die
29 ESSR ist in ihrer jetzigen Form leider völlig unverbindlich. In der Präambel wird klargestellt, dass
30 die Grundsätze der Säule rein politischer Natur sind und keine individuellen Rechtsansprüche
31 schaffen. Sie soll in Zukunft als Referenzrahmen für bindende und für nicht bindende
32 Maßnahmen im Bereich der Europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik dienen.

33
34 Der richtigen Zielsetzung müssen daher zügig konkrete und vor allem rechtsverbindliche
35 Schritte folgen. Denn die Stärkung der sozialen Rechte und eine bessere Durchsetzung der
36 bestehenden sozialen Grundrechte und sozialen Regulierungen gehören zu den drängenden
37 Aufgaben für die Zukunft der EU.

38
39 Es ist es dringend notwendig, das Vertrauen der Arbeitnehmer*innen in das europäische
40 Einigungs- und Friedensprojekt zu stärken und auszubauen. Nur mutige Schritte bringen Europa
41 aus der Vertrauenskrise. Dafür muss die europäische Politik zu substantiellen Verbesserungen
42 der Arbeits- und Lebensverhältnisse aller Bürger*innen in Europa beitragen. Eine Europäische
43 Union, die als weitgehend deregulierter Binnenmarkt funktioniert, in dem Arbeitnehmer*innen
44 in den verschiedenen Mitgliedsstaaten gegeneinander ausgespielt werden, wird an

1 Zustimmung verlieren und populistischen, antieuropäischen Kräften weiter Auftrieb
2 verschaffen.

3

4 Im Weißbuch zur Zukunft Europas vom März 2017 heißt es dramatisch: „Europa befindet sich
5 am Scheideweg“. Das stimmt. Aber mit so einer brüchigen Wackelsäule der neuen sozialen
6 Rechte will die EU in der bisherigen asozialen Richtung zum Teil sogar verschärft
7 weitermarschieren. Und damit werden die sozialen und demokratischen Kräfte aus der
8 kommenden Europawahl nicht gestärkt hervorgehen.

9

Antrag 3

Antragsteller: AK EUROPA

Adressaten: Düsseldorfer Mitglied(er) im Europäischen Parlament, Fraktion S & D im Europäischen Parlament, Düsseldorfer Mitglied(er) im Deutschen Bundestag, Europa-Ausschuss des NRW-Landtages, Europa-Ausschuss des Deutschen Bundestages

Europa im Wandel – Zeit zu handeln!

Frieden sichern, Chancen nutzen, Zukunft fair gestalten

1. Für ein solidarischeres Europa!

- Solidarität sowohl der Menschen untereinander als auch mit anderen Staaten
- Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wer wie Deutschland Zusammenarbeit bei Migration und Integration will, kann wirtschaftliche Solidarität nicht verweigern. Langfristig nutzt sie uns. (ca. 60% unserer Exporte gehen nach Europa)
- Schere zwischen arm und reich immer stärker → Schere schließen
- Jugendarbeitslosigkeit z.B. in Spanien und Griechenland über 50% nicht hinnehmen. Daher Länder nicht kaputtsparen (Absage an Austeritätspolitik), stattdessen: Kurswechsel hin zu aktiv eingreifender Wirtschaftspolitik
- Stattdessen Sozialunion ausbauen, soziale Säule verbindlich stärken, Sozialstandards nach oben angleichen. Jugendarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung bekämpfen, Einführung europäischer Arbeitslosenversicherung und Arbeitsversicherung um berufliche Veränderung ohne soziale Verluste zu organisieren. Sozialversicherungen europäisch krisenfest machen.
- Unternehmen endlich dort besteuern, wo Gewinne erwirtschaftet werden.
- Einführung einer Digitalsteuer
- Umsetzung Finanztransaktionssteuer – das schafft auch finanziellen Freiraum, um Investitionen in soziale Infrastruktur, Bildung, neue Arbeitsplätze zu unterstützen
- Solidarität auch mit Geflüchteten. Menschlichkeit und Menschenwürde zählt.
- Einwanderungsrecht für Arbeitsmigration einschl. Zugang zu Information in Herkunftsländern
- Bekämpfung von Schwarzarbeit mit empfindlichen Strafen für Arbeitgeber
- Solidarität statt Spaltung, Vielfalt statt Einfalt: Alt und Jung, Einwohner*innen und Neuzuwanderer, mit und ohne Behinderungen, mit verschiedenen Religionen, mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen – wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Absage an Rechtsextremisten, Rechtspopulisten und Rassisten, die Ängste schüren und Spaltung wollen.
- Daseinsvorsorge sichern und ausbauen. Wasser, ÖPNV, Wohnen, Pflege

2. Für ein demokratisches Europa, das unseren Rechtsstaat sichert und bürgernah gestaltet!

- Rechtsextremisten wollen Europa und Demokratie bekämpfen, sozialen Zusammenhalt zerstören. Dem werden wir uns entschlossen entgegenstellen.
- Europäisches Parlament stärken: als die zentrale Entscheidungsinstanz in Europa, Initiativrecht und Abwählbarkeit Kommission mit einfacher Mehrheit; Spitzenkandidaturen auf EU-Ebene, um

- 1 politischen Richtungsstreit auch zwischen Etablierten sichtbar zu machen. Wenn es nicht mehr
2 Demokratisierung gibt, werden wir weitere Vertiefung oder Erweiterung ablehnen.
- 3 - Kriterien für Aufnahme in EU müssen selbstverständlich auch mit Mitglieder EU gelten; wir
4 fordern einen permanenten Mechanismus zur Sicherstellung von Demokratie und
5 Rechtsstaatlichkeit für alle Mitgliedstaaten
 - 6 - Ausbau demokratischer Mitwirkungsrechte für langfristig hier lebende Menschen aus anderen
7 Staaten
 - 8 - Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen stärken, Rechte europäischer Betriebsräte ausbauen,
9 Verhinderung von Mitbestimmung unter Strafe stellen
 - 10 - Europäische Begegnungen ausbauen. Erasmus plus, Europäisches Freiwilligenjahr, aktive
11 Städtepartnerschaften
 - 12 - Europäische Debatten stärken durch Stärkung Europe direct Büros, Ausbau europaweiter
13 Medien

14

15 **3. Für ein starkes Europa, das Frieden sichert und Globalisierung fair und menschlich** 16 **gestaltet!**

- 17 - Friedensmacht nach innen und außen
- 18 - Fairer Wettbewerb im Binnenmarkt durch höhere Investitionen insbesondere der
19 exportorientierten Mitglieder, bessere Koordinierung von Wirtschafts- und Finanzpolitik
- 20 - Bankenunion gestalten, höhere Eigenkapitalforderungen. Too big to fail darf sich nicht
21 wiederholen.
- 22 - Globalisierung fair gestalten – fairer Welthandel, an sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen
23 Zielsetzungen gleichermaßen orientiert
- 24 - „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Europäisches Asylrecht, das Zuständigkeit und
25 Aufnahme schutzbedürftiger Menschen gemeinsam und solidarisch organisiert – Lager
26 außerhalb Europas lehnen wir ab.
- 27 - Fluchtursachen bekämpfen durch eine partnerschaftliche Entwicklungshilfe, Stärkung
28 demokratischer Strukturen, Nutzung natürlicher Ressourcen und Rohstoffe fair gestalten.
- 29 - Handelspolitik fair gestalten – für beide Seiten
- 30 - Klimaschutz vorantreiben, Schutz des Planeten durch nachhaltige Landwirtschaft und schonende
31 Ressourcennutzung, weiterer Ausbau erneuerbarer Energien einschl. effektiver Energiespeicher,
32 Energieverbrauch weiter senken auch im Bereich Gebäudetechnik.
- 33 - Verstöße gegen Vorgaben etwa bei CO₂-Reduzierung effektiv verfolgen. Betrug strafrechtlich
34 ahnden.
- 35 - Gegen America first hilft nur „Europe United“ für solidarisches Miteinander nach innen und
36 global

37 Vision: Vereinigte Staaten von Europa

38

39

40

Antrag 4

Antragsteller*innen: Jusos Düsseldorf

Adressat*innen: Unterbezirksparteitag, Bundestagsfraktion der SPD, Europaparlamentsfraktion der SPD sowie der S&D

Die Zukunft der Europäischen Integration

Der Unterbezirksparteitag beschließt:

Die SPD Düsseldorf bekennt sich mit Nachdruck zum Europäischen Integrationsprozess. Diesen gilt es weiter auszubauen und schrittweise auf einen föderalen europäischen Bundesstaat hinzuarbeiten.

Dieser Bundesstaat muss auf folgenden fünf Grundprinzipien aufgebaut sein:

1. **Demokratie:** Wir sind davon überzeugt, dass die Europäische Union nur durch ein transparentes demokratisches System basierend auf freien, gleichen, geheimen und unabhängigen Wahlen ein moderner Bundesstaat werden kann.
2. **Frieden & Menschenrechte:** Ein europäischer Bundesstaat muss die Einhaltung des Friedens und fundamentaler Menschenrechte in seinem Gebiet sicherstellen und verteidigen. Außerdem soll er sich mittels des Ansatzes der soft power für die globale Verbesserung der Sicherheits- und Menschenrechtslage einsetzen.
3. **Rechtsstaatlichkeit:** In einem europäischen Bundesstaat müssen eine klare Gewaltenteilung, eine für alle Menschen gleiche und unabhängige Justiz sowie unabhängige Medien garantiert sein.
4. **Subsidiarität:** Die Europäische Union soll sich nicht zum Zentralstaat entwickeln. Ein System, bei dem Entscheidungen auf der Ebene getroffen werden, auf der sie am besten eingeschätzt und umgesetzt werden können, bietet hier unserer Meinung nach die beste Möglichkeit. Dies garantiert sowohl die europäische Integration als auch die Wahrung von lokalen und regionalen Unterschieden und Interessen.
5. **Wohlstand & Soziale Sicherheit:** Ein europäischer Bundesstaat muss die soziale Sicherheit seiner Bevölkerung und soziale Mindeststandards garantieren. Gleichzeitig muss er sich international zu einer humanen und global gedachten Wirtschaft bekennen, um die weltweiten sozialen Spannungen systematisch abzubauen.

1 **Begründung:**

2

3 Wir müssen die Europäische Union reformieren! Als SPD Düsseldorf wollen wir, dass auf allen Ebenen -
4 von der kommunalen bis zur europäischen - über die Reformen diskutiert wird. Dadurch können sich
5 möglichst viele Menschen mit ihren Ideen einbringen und die Zukunft der Europäischen Union (EU)
6 mitgestalten. Mit diesem Antrag wollen wir dieser Reform einen langfristigen Rahmen geben:
7 Der Europäische Integrationsprozess und der daraus resultierende Frieden zwischen seinen
8 Mitgliedsstaaten ist eine global und historisch einzigartige Errungenschaft und war bei den
9 Herausforderungen, vor dem das Nachkriegseuropa stand, alles andere als selbstverständlich. Zwar sind
10 die politischen Herausforderungen heute andere, als sie es in der Gründungszeit der EU und ihrer
11 Vorläufer war, aber nach wie vor müssen wir diese als SPD mutig und entschieden angehen.
12 Einerseits müssen wir heute feststellen, dass sich die modernen Herausforderungen, wie der
13 Klimawandel oder die negativen Effekte der Globalisierung, nicht nationalstaatlich lösen lassen, auch
14 wenn die Auswirkungen auf einzelne Staaten unterschiedlich ausfallen. Gleichzeitig stellen uns
15 andererseits die zunehmende Digitalisierung und Automatisierung überall auf der Welt vor die gleichen
16 Schwierigkeiten. Wir können und sollten daher die Herausforderungen nicht alleine und
17 nationalstaatlich angehen, sondern uns stattdessen stärker für die Lösungen innerhalb eines föderalen
18 Europas aufstellen.
19 Hierfür fehlt momentan leider noch das Gefühl einer echten europäischen Bevölkerung. Um die
20 Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich lösen zu können, müssen wir daher das Zusammenwachsen
21 der einzelnen nationalstaatlichen Gesellschaften in Europa zu einer gemeinsamen europäischen
22 Gesellschaft forcieren. Dieser Prozess muss Hand in Hand mit der Demokratisierung der EU gehen, denn
23 beide bedingen sich. Die Weichen für dieses Zusammenwachsen können jedoch nur nationalstaatlich
24 gestellt werden, hier muss die SPD mutig vorgehen.
25 Im Laufe ihrer Geschichte hatte sich die SPD immer wieder mutige wie wegweisende Ziele gesteckt.
26 Hierbei ist die Forderung nach einem föderalen Europa alles andere als neu, denn bereits 1925 forderte
27 die SPD einen europäischen Bundesstaat. Jetzt - fast 100 Jahre später - ist es an der Zeit, dieser
28 Forderung wieder neue Energie zu geben und ihr dabei zu helfen, endlich Realität zu werden!

1 **Antrag 5**

2
3 **Antragsteller*innen:** Jusos Düsseldorf

4 **Adressaten:** Unterbezirksparteitag, Bundestagsfraktion der SPD, Regierungsmitglieder der SPD,
5 Bundesvorstand der SPD, Europaparlamentsfraktion der SPD,
6

7 ***EU-Strukturen müssen entstaubt werden***

8 Die SPD setzt sich auf Bundes- und Europaebene für die folgenden Änderungen ein:

9 1. Europäisches Parlament

- 10 a) Die Allianzen des Europäischen Parlaments erhalten das Recht, Verordnungs-,
11 Richtlinien- und Empfehlungsentwürfe einzubringen (Initiativrecht).
12 b) Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden über EU-weite Listen in
13 direkten, unabhängigen, freien, geheimen und gleichen Wahlen gewählt. Dabei können
14 die Bürger*innen jeweils eine Stimme für den*die Direktkandidat*in und für eine Allianz
15 abgeben. Auch unabhängigen nationalen Parteien werden in der zweiten Liste
16 aufgeführt. Darüber hinaus soll eine EU-weite 3%-Hürde für Allianzen eingeführt
17 werden.

18 Europäischer Rat

- 19 a) Das qualifizierte Mehrheitswahlprinzip ist im Rahmen der Verträge auszuweiten.
20 b) Der Rat der Europäischen Union wird abgeschafft. Die entsprechenden bisher durch den
21 EUV und den AEUV geregelten Kompetenzen gehen auf den Europäischen Rat über.

22 Europäische Kommission

- 23 a) Der*die Kommissionpräsident*in soll aus den Spitzenkandidat*innen der Allianzen
24 hervorgehen und auf deren Listen den Platz eins haben. Der*die Präsident*in wird vom
25 Europäischen Parlament gewählt.
26 b) Der*die Kommissionspräsident*in schlägt die weiteren Kommissar*innen vor. Dabei soll
27 jede aufeinander folgende Kommission so zusammengesetzt sein, dass das
28 demografische und geografische Spektrum der Gesamtheit der Mitgliedsstaaten auf
29 zufrieden stellende Weise zum Ausdruck gebracht wird. Die vorgeschlagenen
30 Kommissar*innen werden einzeln vom Europäischen Parlament nach Anhörungen
31 bestätigt. Der Kommission gehören maximal 18 Mitglieder an (Präsident*in nicht
32 inbegriffen).

33 Begründung:

34 Das politische System der Europäischen Union ist für viele Menschen nicht durchsichtig. Die
35 hier genannten Vorschläge sollen sowohl dazu beitragen, mehr Übersichtlichkeit zu schaffen als
36 auch ein größeres europäisches Bewusstsein zu schaffen. Europäisches Parlament: Jedes
37 andere Parlament innerhalb der Europäischen Union hat das Recht, Gesetzesvorschläge
38 einzubringen. Das Gefühl, europäische Wahlen zu haben, soll durch ein Wahlsystem und damit
39 eine Wahlzettelvorlage gestärkt werden. Europäischer Rat: Zwei Räte sind einer zu viel.
40 Europäische Kommission: Das Spitzenkandidaturprinzip soll verfestigt werden. Die Kommission
41 soll verkleinert werden (18 Kommissar*innen) sind laut den derzeitigen Verträgen schon
42 möglich).
43

1 **Antrag 6**

2
3 **Antragsteller*innen:** Jusos Düsseldorf

4 **Adressaten:** Unterbezirksparteitag, Bundestagsfraktion der SPD, Regierungsmitglieder der SPD,
5 Bundesvorstand der SPD, Europaparlamentsfraktion der SPD sowie der S&D

7 ***Einberufung eines Europäischen Konvents***

8
9 Der Unterbezirksparteitag beschließt,

10
11 die SPD Mitglieder in der Bundesregierung, die Mitglieder der SPD Fraktion im Deutschen
12 Bundestag und die SPD Mitglieder der S&D Fraktion im Europäischen Parlament aufzufordern,
13 sich dafür einzusetzen, dass der Präsident des Europäischen Rates einen Europäischen Konvent
14 einberuft.

15
16 Es sollen Änderungen an den EU-Verträgen vorgenommen werden. Ein Europäischer Konvent
17 soll das ordentliche Vertragsänderungsverfahren gemeinsam mit Sozialpartnern und der
18 Zivilgesellschaft vorbereiten. Es ist eine offene und öffentliche Debatte über grundlegend
19 andere Politik in Europa zu führen.

20
21 Der Europäischen Konvent muss sich unter anderem mit folgenden Themen befassen:

- 22 - Europaweit gültige Mindeststandards, wenn es um die Rechte von Beschäftigten und
23 um soziale Rechte geht;
- 24 - Eine wirkliche Investitionsoffensive für öffentliche Güter und Dienstleistungen, denn das
25 schafft Arbeitsplätze und sichert ein menschenwürdiges Leben für jeden und jede;
- 26 - Eine gemeinsame, gerechte und menschenwürdige Migrations- und Asylpolitik;
- 27 - Einheitliche Steuerstandards, um den ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den
28 europäischen Mitgliedstaaten zu beenden;
- 29 - Ein deutlich umfassenderer EU-Haushalt, um einen besseren Ausgleich zu schaffen
30 zwischen armen und reichen Regionen;
- 31 - Eine dringende Reform der Europäischen Institutionen, um die Blockademacht der
32 Mitgliedstaaten zu entkräften und die Regionen und das Europäische Parlament als
33 direkte Vertretung der über 500 Millionen Europäer*innen zu stärken.

34
35 **Begründung:**

36
37 Nach Art. 48 des Vertrags von Lissabon können der Vertrag über die Europäische Union und der
38 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union gemäß einem ordentlichen und einem
39 vereinfachten Änderungsverfahren geändert werden. Das ordentliche Verfahren sieht die
40 Einberufung eines Europäischen Konvents durch den Präsidenten des Europäischen Rates vor.

41
42 Es hat schon zweimal einen Konvent in der Europäischen Union gegeben. Der erste europäische
43 Konvent, der „Grundrechtekonvent“, erarbeitete zwischen Dezember 1999 und Oktober 2000

1 die Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Der „Verfassungskonvent“ erarbeitete
2 zwischen Februar 2002 und Juli 2003 den maßgeblichen Entwurf für den Vertrag über eine
3 Verfassung für Europa.

4
5 Diskussionen über einen weiteren Europäischen Konvent gab es bereits am Rande des
6 Europäischen Rates im Oktober 2011. Im Zentrum der Reform sollte die Ausgestaltung einer
7 Fiskalunion stehen, die es gestattet, in die Steuer- und Budgetgestaltung von Euro-
8 Mitgliedsländern direkt einzugreifen, wenn sie finanzielle Hilfe der Partner erhalten. Eine solche
9 Fiskalunion würde eine Reihe von Einzelmaßnahmen bündeln und institutionell verankern,
10 etwa den Euro-Plus-Pakt, das Europäische Semester oder die Regelungen des sogenannten „Six-
11 Pack“.

12 In Deutschland begann spätestens im Oktober 2011 die politische Diskussion über die
13 Notwendigkeit einer erneuten Reform der EU-Verträge. Dabei wurde auch das Instrument des
14 Europäischen Konvents ins Spiel gebracht. Im November 2011 sprach sich auch der deutsche
15 Außenminister für einen Konvent aus und plädierte dafür, alle EU-Mitgliedstaaten
16 einzubeziehen, nicht ausschließlich die 17 Euro-Länder. Ebenfalls im November 2011 forderten
17 Stimmen aus der Zivilgesellschaft einen Europäischen Konvent zur Durchsetzung einer
18 politischen Union und wirksamer Konsequenzen für die Verletzung der vertraglich vereinbarten
19 finanziellen und ökonomischen Gemeinschaftsstandards. Darüber hinaus müssten Regeln
20 gefunden werden, wie EU-Mitgliedstaaten bei dauerhafter Verletzung demokratischer
21 Mindeststandards bei Presse- und Meinungsfreiheit, unabhängiger Justiz und korruptionsfreier
22 Verwaltung aus der EU ausgeschlossen werden können.

23
24 Der Kommissionspräsident hatte bereits 2012 ebenfalls umfassende Vertragsänderungen
25 vorgeschlagen, die einen Konvent bewirken würden. Doch im Dezember 2012 sind die
26 Vorschläge für eine vertragsrechtliche Reform – und damit für einen Konvent – trotzdem
27 zunächst aufgeschoben und bis heute nicht weiterverfolgt worden. Wegen der
28 besorgniserregenden politischen Entwicklung der letzten Jahre, wegen der zunehmenden
29 Entfremdung der Bürger*innen von der EU, die sich daran stören, dass wichtige Entscheidungen
30 über die Ausgestaltung von EU von den Staats- und Regierungschefs hinter verschlossenen
31 Türen getroffen werden, und im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen, die
32 voraussichtlich den euroskeptischen Parteien weitere hohe Zugewinne bringen werden,
33 müssen wir ein deutliches Zeichen dafür setzen, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht, auch
34 in der Europäischen Union.

35
36 Die Konventfrage ist eine Machtfrage. Letztlich muss der Präsident des Europäischen Rates
37 dazu gebracht werden, den Konvent einzuberufen. In den EU-Verträgen steht, dass er aus
38 Vertretern der nationalen Parlamente, der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten,
39 des Europäischen Parlaments sowie der Kommission zusammengesetzt wird. Besonders wichtig
40 ist, dass die Beschlüsse des Konvents allen Bürger*innen Europas zur Entscheidung vorgelegt
41 werden. Dann stehen an der Wiege des neuen gemeinsamen Europas nicht nur die
42 Entscheidungen von Staats- und Regierungschefs, sondern die Bürgerinnen und Bürger selbst.

1 **Antrag 7**

2

3 Antragstellerin: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Düsseldorf

4 Adressatin: Sozialdemokratischer Mitglieder der Bundesregierung

5

6

Mehr Frauen in die Europäische Kommission

7

8 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen,

9 dass eine Kommissarin in die neue Europäische Kommission entsandt wird.

10

11 Begründung:

12 Von 28 Mitgliedern der Kommission sind derzeit nur 9 weiblich. Für die nach den Europawahlen

13 2019 neu aufgestellte Kommission sollte eine höhere Quote angestrebt werden. Die deutsche

14 Bundesregierung soll ihren Teil dazu beitragen und statt Günther Öttinger eine qualifizierte

15 Frau nominieren. Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, Vorschläge im

16 Kabinett zur Diskussion zu bringen.

17

1 **Antrag 8**

2
3 Antragstellerin: SPDqueer Düsseldorf

4 Adressatin: Unterbezirksparteitag, Bundestagsfraktion der SPD, Regierungsmitglieder der SPD,
5 Bundesvorstand der SPD, Europaparlamentsfraktion der SPD sowie der S&D
6

7 ***Sicherstellung der ordnungsgemäßen Anwendung des im***
8 ***Rahmen der EU-Gesetzgebung bestehenden gesetzlichen***
9 ***Schutzes für Homo- / Transgenderpersonen und der expliziten***
10 ***Einbeziehung von „Geschlechtsidentität“.***

11
12 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

13
14 Die Europäische Union (EU) soll sicherstellen, dass der gesetzliche Schutz für Homo- /
15 Transgenderpersonen und die expliziten Einbeziehung von „Geschlechtsidentität“ ein
16 mitentscheidendes Kriterien für die Aufnahme neuer Beitrittsländer sind.

17 Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die beschriebenen Regelungen auch auf alle
18 bestehenden Mitgliedstaaten Anwendung finden.

19 Artikel 19 AEUV (ex-Artikel 13 EGV) ist daher wie folgt neu zu fassen:
20

- 21 (1) Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen der Verträge muss der Rat im Rahmen der
22 durch die Verträge auf die Union übertragenen Zuständigkeiten gemäß einem
23 besonderen Gesetzgebungsverfahren und nach Zustimmung des Europäischen
24 Parlaments einstimmig mit qualifizierter Mehrheit geeignete Vorkehrungen treffen, um
25 Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft,
26 der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen
27 Identität zu bekämpfen. Vorhandene Diskriminierung der Mitgliedstaaten muss durch
28 geeignete Sanktionen geahndet werden.

29
30 Begründung folgt mündlich
31

1 **Antrag 9**

2

3 Antragsteller*innen: Jusos Düsseldorf

4 Adressaten: Unterbezirksparteitag, Bundestagsfraktion der SPD, Regierungsmitglieder der SPD,

5 Bundesvorstand der SPD, Europaparlamentsfraktion der SPD

6

7

Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU sichern

8

9 Die Feststellung nach Art. 7 Abs. 2 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) von

10 schwerwiegenden Verletzungen der in Art. 2 des EUV genannten Werte durch Mitgliedsstaaten

11 soll vom Europäischen Rat auf den Europäischen Gerichtshof übertragen werden. Einen

12 Vorschlag zur Überprüfung können weiterhin das Europäische Parlament, die Europäische

13 Kommission sowie ein Drittel der Mitgliedsstaaten einreichen.

14

15 **Begründung:**

16 Für die Feststellung von Verletzungen der vertraglich festgehaltenen Grundwerte sollte der

17 oberste Gerichtshof zuständig sein, nicht – wie es im Moment jedoch der Fall ist – die

18 Mitgliedsstaaten.

19

1 Antrag 10

2
3 **Antragsteller*innen:** Jusos Düsseldorf

4 **Adressat*innen:** Unterbezirksparteitag, Bundestagsfraktion der SPD, Regierungsmitglieder der
5 SPD,-Bundesvorstand der SPD, Europaparlamentsfraktion der SPD sowie der S&D
6

7 ***Für ein Umdenken der Europäischen Union in der*** 8 ***Wirtschaftspolitik***

9
10 Der Unterbezirksparteitag beschließt:

11
12 die SPD Mitglieder der S&D Fraktion im Europaparlament, die SPD Mitglieder in der
13 Bundesregierung und die Mitglieder der SPD Fraktion im Deutschen Bundestag aufzufordern,
14 sich für ein Umdenken der Europäischen Union in der Wirtschaftspolitik einzusetzen – weg von
15 der Orientierung an Unternehmensinteressen, hin zu mehr Mitbestimmung und einer Stärkung
16 der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern;

17
18 die Forderungen aus dem „Appell für Europa“ des Europäischen Gewerkschaftsbundes zu
19 unterstützen und sich für ihre Umsetzung einzutreten.

20
21 Die SPD Mandatsträger*innen werden aufgefordert, folgende Reformen so schnell wie möglich
22 anzugehen:

- 23
- 24 - Starke Beschränkungen für Briefkastenfirmen und die Verlagerung von Firmensitzen. Ein
25 Unternehmen sollte sich nur dann in einem Land registrieren lassen können, wenn es
26 dort echte Geschäftsbeziehungen hat. Steuern sollen da gezahlt werden, wo der
27 Realwert geschaffen wird. Steuerflucht muss durch eine harmonisierte Steuerbasis in
28 Europa und Nulltoleranz gegenüber allen Steueroasen unterbunden werden.
 - 29
 - 30 - Einrichtung einer unabhängigen, für Arbeitnehmer*innenmobilität zuständigen
31 Behörde, die Schutzregelungen für Beschäftigte vorschlagen und durchsetzen kann.
 - 32
 - 33 - Stärkung der Beteiligungsrechte von Arbeitnehmer*innen an Unternehmen. Mehr
34 Mitbestimmung in den Betrieben, mehr Rechte für Gewerkschaften und Betriebsräte
35 auf europäischer Ebene. Mitbestimmte Unternehmensführung für das nachhaltige
36 Unternehmen macht Europa im internationalen Wettbewerb leistungsfähiger.
 - 37
 - 38 - Haftung des Generalunternehmens in Bezug auf Subunternehmen. Unternehmen
39 müssen dazu verpflichtet werden, ihre gesamte Lieferkette zu überwachen, und können
40 für Rechtsbrüche ihrer Subunternehmen in die Pflicht genommen werden.
 - 41
 - 42 - Ein verbindliches Informationssystem für Unternehmensbilanzen, das an die
43 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst ist. Es muss sich nicht nur an

1 Shareholder-Value orientieren, sondern auch am Ziel der Nachhaltigkeit. Es muss nicht
2 mehr nur um wirtschaftliche Kennziffern gehen, sondern auch um Transparenz in Sozial-
3 und Umweltangelegenheiten oder Geschlechtergleichstellung.
4

5 Begründung:

6 Es läuft was falsch in Europa. Wie kann es sein, dass in der EU Hunderttausende von
7 Briefkastenfirmen entstehen konnten, wenn das Ziel dieser Scheinunternehmen darin besteht,
8 Besteuerung und Arbeitsgesetze zu umgehen? Warum unterstützt der Europäische Gerichtshof
9 mit seinen Entscheidungen Unternehmensregelungen, die den Arbeitnehmerschutz
10 einschränken? Warum kann die EU auch nach Enthüllungen wie den „Panama Papers“ oder
11 „Paradise Papers“ Steuerflucht nicht verhindern? Und wie können wir hinnehmen, dass
12 Unternehmen trotz Skandalen wie dem Zusammenbruch des Rana-Plaza-Werks in Bangladesch
13 wegschauen, wenn Lieferanten die grundlegendsten Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards
14 ignorieren? Viel zu lange hat sich die Europäische Kommission auf die Interessen der
15 Unternehmen und Anteilseigner fokussiert und dabei die Realwirtschaft und die
16 Arbeitnehmer*innen aus den Augen verloren. Eine Folge: Seit den 1990er Jahren sind die
17 Gewinne auf Kosten der Löhne gestiegen – obwohl die Beschäftigten der Kern jedes
18 Unternehmens sind. Darum ist es an der Zeit, die Situation der über 140 Millionen in
19 Unternehmen arbeitenden EU-Beschäftigten zu überdenken.
20

21 Die Europäische Kommission muss ihre jahrelange Strategie, den Binnenmarkt vorrangig zu
22 liberalisieren, ohne eine komplementäre Förderung sozialer Sicherheit anzustreben, endlich
23 aufgeben. Im Rahmen von Freihandelsabkommen müssen grundlegende Arbeits- und
24 Sozialstandards abgesichert werden, um keinen internationalen Wettbewerb zu Lasten der
25 Beschäftigten zu befördern.
26

27 Die EU bezeichnet sich selbst als Raum der Freiheit und des Rechts. Leider erleben wir alle, was
28 hier unter „Freiheit“ verstanden wird: Es ist die Freiheit des Kapitals. Man versteht darunter die
29 neoliberale Freiheit; die Freiheit, ein neoliberales Wirtschaftsmodell ungehindert global und auf
30 allen Ebenen durchzusetzen. Dass diese Politik die Ökonomien und in deren Folge die
31 Sozialstrukturen in den Ländern der vormaligen „Dritten Welt“ zerstört, wird billigend in Kauf
32 genommen, ja sogar forciert.
33

34 Wir müssen die EU vom Kopf auf die Füße stellen! Die EU hat mit der marktradikalen Politik das
35 Vertrauen vieler Menschen zerstört. Gleichzeitig zeigen die Tragödie um die Banken-Rettungen
36 in Griechenland und das Trauerspiel um den Brexit: Allein national können Wohlstand und
37 Demokratie nicht mehr verteidigt werden. Nur gemeinsam können wir verhindern, dass wir
38 Europäer*innen gegeneinander ausgespielt werden, nach dem Motto: Welcher Standort hat die
39 niedrigsten Löhne, Renten und Steuern für Konzerne?
40

41 Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden in weniger als einem Jahr statt und wir müssen
42 die Debatte auf die richtige Grundlage stellen.
43

1 **Antrag 11**

2
3 **Antragsteller:** AK Europa, Düsseldorf

4 **Adressaten:** S&D Fraktion im Europäischen Parlament, SPD Bundestagsfraktion, SPD-
5 Mitglieder der Bundesregierung, SPD Landtagsfraktion in NRW
6

7 **WIRTSCHAFTSPOLITISCHER PARADIGMENWECHSEL IN DER** 8 **EUROPÄISCHEN UNION**

9
10 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

11
12 Die Adressaten werden aufgefordert, bei wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen der
13 Europäischen Union, ihren Institutionen sowie nachgeordneten Gremien (z. B. ESM, EZB,
14 Kommission, Eurogruppe etc.) sich verstärkt dafür einzusetzen, dass sich Entscheidungen,
15 Sichtweisen und Handlungsvorschläge deutlich weniger als bisher an angebotsorientierten
16 Konzepten orientieren, sondern vielmehr nachfrageorientierte Methoden nutzen, was auch
17 bedeutet, dass man soziale Aspekte bei jedweden Programmen stärkeres Gewicht verleiht.
18

19 Diese Forderung schließt ausdrücklich ein, dass die genannten Aspekte bei personalpolitischen
20 Entscheidungen ein deutliches Gewicht erhalten, da nur auf diese Weise der eingeforderte
21 Paradigmenwechsel mit der Unabhängigkeit mancher Institutionen vereinbar ist.
22

23 **Begründung:**

24 Hilfsprogramme der Vergangenheit haben gezeigt, dass Mitgliedstaaten für den Erhalt von
25 Unterstützung Maßnahmen einleiten mussten, die nicht nur grundsätzlich Opfer der
26 Bevölkerung einforderten, sondern die insbesondere den ökonomisch schwächeren Gruppen
27 der Bevölkerung Lasten auferlegten und Menschen der sogenannten Mittelschicht ihre
28 angemessene Geborgenheit in der (ökonomischen) Mitte der Gesellschaft nahmen und sie
29 sozial herabstufte.
30

31
32 Versäumt wurde, durch sogenannte „exogene Schocks“ die Investitionstätigkeit zu stimulieren,
33 die Kaufkraft zu stabilisieren und durch Reformen bei den öffentlichen Institutionen eine
34 Verwaltung hervorzubringen, die – rechtsstaatlich legitimiert – Einnahmen sichert, Korruption
35 mindert und eine Erwartungshaltung in die eigene Regenerationskraft erzeugt (ein
36 verstorbener Volkswirt namens Keynes nannte dies die „Animal Spirits“).
37

1 **Antrag 12**

2
3 Antragsstellende: Jusos Düsseldorf

4 Adressat: Unterbezirksparteitag, Mitglieder der S&D Fraktion im EP, die SPD Mitglieder in der
5 Bundesregierung und die Mitglieder der SPD Fraktion im Deutschen Bundestag
6

7 ***Demokratischere Legitimierung des Europäischen Semesters***

8
9 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass
10 die Mitglieder der S&D Fraktion im EP, die SPD Mitglieder in der Bundesregierung und die
11 Mitglieder der SPD Fraktion im Deutschen Bundestag aufgefordert werden, Anstrengungen zu
12 unternehmen, dass Europäische Semester und die darin enthaltenen Kontroll- und
13 Koordinierungsfunktionen demokratischer zu gestalten.

14 Dabei sind uns folgende Punkte besonders wichtig:

- 15 – Das Europäische Parlament muss im Rahmen des Europäischen Semesters mehr
16 Kontrollkompetenzen erhalten.
- 17 – Die allgemeinen wirtschaftspolitischen Ziele müssen über das Europäische Parlament
18 legitimiert werden.
- 19 – Die nationalen Parlamente müssen eine größere Rolle bei der Entscheidung über die
20 länderspezifischen Empfehlungen spielen.

21 **Begründung:**

22 Das Europäische Semester und die Idee die wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den EU-
23 Mitgliedsstaaten zu koordinieren und zu kontrollieren ist ein großer Schritt in die richtige
24 Richtung. Doch durch die momentane Ausgestaltung des Prozesses wird der Kommission als
25 zwar supranationales, aber nicht demokratisch Legitimierte Institution der Großteil der
26 Kompetenzen übertragen. Auch wenn es natürlich richtig ist, dass die Kommission als
27 „Regierung“ der EU die ausführende Kraft sein muss, ist es genauso richtig, dass die Ziele und
28 die politischen Linien der Europäischen Wirtschaftspolitik durch das Parlament Legitimiert
29 werden müssen.
30

1 **Antrag 13**

2
3 **Antragsteller:** AK EUROPA

4 **Adressaten:** S&D Fraktion im Europäischen Parlament, SPD Bundestagsfraktion, SPD-
5 Mitglieder der Bundesregierung, SPD Landtagsfraktion in NRW
6
7

8 **REFORM DER EUROZONE UND FISKALUNION**

9
10 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

11 Wir fordern:

- 12 a) Einen Finanzausgleich innerhalb der Eurozone.
13 b) Ein eigenes Budget der Eurozone, das hauptsächlich Investitionen im Bereich Aus- und
14 Weiterbildung sowie der Erleichterung von Arbeitnehmer*innenmigration gewidmet ist.
15 Das Budget wird von der Europäischen Kommission vorgeschlagen und von den
16 Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, die aus einem Mitgliedsland der Eurozone
17 stammen, und den Finanzminister*innen der Eurozone beschlossen.
18 c) Eine Fiskalunion der Mitgliedsländer der Eurozone und jedem Land der Europäischen
19 Union, das Teil werden möchte. Diese Fiskalunion besteht zunächst einerseits aus einem
20 noch auszuarbeitenden, gemeinsamen Fiskalrahmen, aber auch mindestens einer
21 gemeinsamen Eurozonensteuer, aus der das Budget für die Eurozone stammt. Künftige
22 Richtlinien oder Direktiven, die die Fiskalunion betreffen, werden von der Europäischen
23 Kommission vorgeschlagen und von den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, die
24 aus einem Mitgliedsland der Eurozone stammen, und den Finanzminister*innen der
25 Eurozone beschlossen.
26

27 **Begründung:**

28 Die Schulden- und Finanzkrise hat mehr als deutlich die Konstruktionsfehler der Eurozone, die
29 schon seit den 1990er Jahren durchaus bekannt waren, offengelegt. Dennoch sind bis jetzt
30 wenige Impulse zur ihrer Reform gekommen – der berühmteste wohl durch Macron bei seiner
31 Rede während der Sorbonne. Doch nur weil die Krisen nun nicht mehr so stark im Fokus der
32 Politik und Medien stehen, heißt dies noch lange nicht, dass alles wieder gut ist.
33 Eine stabile Währungsunion und ein starker Euro können nur mit Hilfe eines Finanzausgleiches
34 sichergestellt werden. Aber die Reformen müssen noch weitergehen, man kann hier nicht bei
35 halblebigen Aussagen bleiben: Die Eurozone benötigt einen Finanzminister und ein eigenes
36 Budget, das die Mängel der Eurozone (zum Beispiel Sprachbarrieren) sinnvoll angeht.
37 Außerdem ist eine Währungsunion ohne Fiskalunion schwer durchzuziehen, weshalb dringend
38 erste Schritte dorthin gemacht werden müssen.

1 **Antrag 14**

2
3 Antragsteller*innen: Jusos Düsseldorf

4 Adressat*innen: Unterbezirksparteitag, Bundestagsfraktion der SPD,-Regierungsmitglieder der
5 SPD,-Bundesvorstand der SPD,-Europaparlamentsfraktion der SPD sowie der S&D
6

7 ***Einführung eines öffentlichen „Country by Country Reporting“*** 8 ***– einer öffentlichen länderspezifischen*** 9 ***Konzernsteuererklärung***

10
11 Der Unterbezirksparteitag beschließt,

12
13 die SPD Mitglieder in der Bundesregierung und die Mitglieder der SPD Fraktion im Deutschen
14 Bundestag aufzufordern, sich dafür einzusetzen, dass der Europäische Rat der Finanzminister
15 dem vom Europäischen Parlament beschlossenen öffentlichen „Country by Country Reporting“
16 zustimmt, damit es in Kraft tritt und umgesetzt werden kann.
17

18 Demnach sollen multinationale Konzerne den Finanzämtern – aufgeschlüsselt nach Ländern –
19 darlegen, wie hoch ihre jeweiligen Umsätze, Steuerzahlungen, Leistungsverrechnungen und
20 Gewinne sind. Die Finanzbehörden sollen diese Informationen untereinander austauschen.
21

22 Die länderspezifische Konzernsteuererklärung muss öffentlich sein, damit allen ersichtlich ist,
23 welcher Konzern mithilfe welcher Länder Steuerdumping betreibt. Nur dann kann die
24 Zivilgesellschaft Druck ausüben, von den Betroffenen Rechenschaft einfordern und sie notfalls
25 mit Boykott oder ähnliche Maßnahmen zwingen.
26

27 **Begründung:**

28
29 Nach der Finanzkrise waren die Regierungen der 20 wichtigsten Industrienationen davon
30 überzeugt, dass die Einnahmenseite der Staaten dringend reformiert werden muss. Vor allem
31 die multinationalen Konzerne, die sich durch Gewinnverlagerungen in Steueroasen und dubiose
32 Verrechnungsmethoden zwischen ihren Tochtergesellschaften seit Jahrzehnten um eine
33 gerechte Besteuerung ihrer Gewinne herumdrücken konnten, sollten endlich zur Kasse gebeten
34 werden. Gewinne sollten künftig dort versteuert werden, wo die Wirtschaftstätigkeiten, aus
35 denen sie hervorgehen, stattfinden und wo die Wertschöpfung entsteht.
36

37 Aufgrund des öffentlichen Drucks dank der Enthüllungssaktion „Offshore Leaks“ befürwortete
38 der G20-Gipfel noch im September 2013 das sogenannte „Country by Country Reporting“
39 (CbCR). Ende 2014 offenbarten die Enthüllungen „Lux Leaks“ allerdings, dass ein internes CbCR
40 die Machenschaften der Konzerne keineswegs beenden würde. Die Finanzexperten der

1 Steuerbehörden und der jeweiligen Konzerne werkten zusammen an individuell
2 zugeschnittenen „Modellen“ herum, die lediglich der Steuervermeidung dienen sollten. So
3 konnten die Konzerne teilweise ihre Steuerlast durch die geheimen Absprachen auf unter ein
4 Prozent drücken.

5
6 Dabei ist offensichtlich, dass nur ein öffentliches CbCR zielführend ist. Dafür stimmte das
7 Europäische Parlament im Juni 2015. Nun musste der Gesetzesentwurf noch mit der
8 Europäischen Kommission und dem Rat der Finanzminister abgestimmt werden. Diese „Trilog-
9 Verhandlungen“ blockierte vor allem Deutschland, vertreten durch seinen Finanzminister
10 Wolfgang Schäuble.

11
12 Wegen der großen Empörung nach weiteren Enthüllungen wie den „Panama Papers“ hat der
13 EU-Kommissar für Wirtschafts- und Währungsfragen im April 2016 einen Vorschlag präsentiert,
14 der – ähnlich dem Vorschlag des Europäischen Parlaments – eine öffentliche
15 Konzernsteuererklärung mit allen spezifischen Steuerangaben über Aktivitäten in den jeweils
16 beteiligten Ländern vorsah. Das Europäische Parlament folgte dem Vorschlag der Kommission
17 und stimmte am 4. Juli 2017 mit noch größerer Mehrheit als 2015 für die Steuertransparenz der
18 Multis. Seitdem aber blockiert der Europäische Rat der Finanzminister diese wichtige
19 Maßnahme, um geheime Steuerkonstrukte an die Öffentlichkeit zu ziehen.

20
21 In ihrem Regierungsprogramm für Deutschland 2017-2021 „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ hat die
22 SPD den Wähler*innen versprochen: „Europa braucht Instrumente, um Steuervermeidung und
23 Steuerbetrug effektiv zu bekämpfen. Wir wollen durchsetzen, dass Unternehmen dort ihre
24 Steuern bezahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Wir wollen die Möglichkeiten von
25 Unternehmen systematisch einschränken, ihre steuerpflichtigen Gewinne in andere Länder zu
26 verschieben“.

27
28 Im Koalitionsvertrag vom 12. März 2018 zwischen CDU, CSU und SPD heißt es: „Wir
29 unterstützen ausdrücklich alle Bemühungen für eine gerechte Besteuerung großer Konzerne“.

30
31 Daher muss die SPD, die heute den deutschen Finanzminister stellt, sich dafür einsetzen, dass
32 der Europäische Rat der Finanzminister der Einführung der öffentlichen länderspezifischen
33 Konzernsteuererklärung zustimmt, so wie dies die Gewerkschaften, die NGOs, viele Ökonomen
34 und Nobelpreisträger fordern. Eine glaubwürdige Umsetzung dieses zentralen
35 Wahlversprechens und der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag ist dringend nötig, um bei der
36 Europawahl 2019 nicht zur weiteren Stärkung der Rechten beizutragen, die das Projekt
37 Steuergerechtigkeit mit Sicherheit sofort begraben werden.

38

1 Antrag 15

2
3 **Antragsteller*innen:** Jusos Düsseldorf

4 **Adressat*innen:** Unterbezirksparteitag, Bundestagsfraktion der SPD,-Regierungsmitglieder der
5 SPD,-Bundesvorstand der SPD,-Europaparlamentsfraktion der SPD sowie der S&D

7 ***Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde (ELA)***

8
9 Der Unterbezirksparteitag beschließt:

10
11 die SPD Mitglieder der S&D Fraktion im Europaparlament, die SPD Mitglieder in der
12 Bundesregierung und die Mitglieder der SPD Fraktion im Deutschen Bundestag aufzufordern,
13 sich für die Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde einzusetzen, die
14 grenzüberschreitend mobile Arbeitnehmer*innen unterstützt und informiert, sowie die
15 nationalen Behörden bei Kontrollen und bei der Verfolgung von Verstößen und Missbrauch im
16 grenzüberschreitenden Kontext unterstützt.

17
18 Bei den Beratungen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens im Europäischen Parlament und
19 im Rat der Europäischen Union sind die SPD Vertreter*innen aufgefordert, folgende
20 Veränderungen zum Vorschlag der entsprechenden Verordnung des Europäischen Parlaments
21 und des Rates einzubringen und zu vertreten:

- 22
- 23 - Die Zusammenarbeit der Behörden untereinander, die Zusammenarbeit der Behörden
24 mit der ELA sowie die Durchführung gemeinsamer Kontrollen dürfen nicht allein auf
25 dem Prinzip der Freiwilligkeit basieren. Zur Verbesserung der Situation sind verbindliche
26 Verfahren und Strukturen erforderlich.
 - 27
 - 28 - Der Schwerpunkt der Behörde muss in der Bekämpfung grenzüberschreitenden Lohn-
29 und Sozialdumpings liegen. Eine europäische Behörde, die als Ziel den Abbau von
30 Hemmnissen im Binnenmarkt verfolgt, ist abzulehnen. Die ELA darf kein Instrument zu
31 besseren Durchsetzung der Binnenmarktfreiheiten durch Beschneidung nationaler
32 Kontrollkompetenzen oder Aushebelung der Tarifautonomie werden.
 - 33
 - 34 - Eine Unterstützung der ELA bei der Beratung und Information von Arbeitnehmer*innen
35 darf sich nicht auf eine reine Informationsvermittlung beschränken und mit bereits
36 vorhandenen nationalen Möglichkeiten kollidieren. Notwendig sind flächendeckende
37 Beratungsangebote vor, während und im Nachgang einer Beschäftigung, die durch ELA
38 gefördert und unterstützt werden sollten.
 - 39
 - 40 - Ein europäisches Sozialversicherungsregister muss eingeführt werden, in dem die
41 erforderlichen Daten, unter Einhaltung strenger datenschutzrechtlicher Vorgaben, durch

1 die Kontrollbehörden in Echtzeit abgefragt werden können. Das Register sollte im
2 Rahmen der angekündigten Initiative für eine Europäische Sozialversicherungsnummer
3 eingeführt und über die ELA verwaltet werden.
4

5 - Die ELA sollte mindestens die Kompetenz erhalten, auch einzelne Mitgliedsstaaten zur
6 Durchführung von Kontrollen bzw. zur Einleitung von Ermittlungen aufzufordern. Den
7 Sozialpartnern auf nationaler Ebene sollte dabei die Möglichkeit eingeräumt werden,
8 mögliche EU-Rechtsverstöße im Bereich der grenzüberschreitenden Mobilität der ELA zu
9 melden, damit diese die nationalen Behörden zur Durchführung von Kontrollen
10 auffordert. Dies sollte ebenso für die Durchführung und Koordinierung gemeinsamer
11 Kontrollen gelten.

12
13 - Das in der ELA Verordnung vorgeschlagene Mediationsverfahren bedarf an
14 entscheidenden Stellen einer Konkretisierung, damit ein konkreter Mehrwert erkennbar
15 wird. Der klare Fokus von Mediationsverfahren im Rahmen der ELA muss auf der
16 Durchsetzung von arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen liegen und den Zielen
17 der ELA entsprechen. Es muss zudem klargestellt werden, dass die Möglichkeiten zur
18 Beschreitung nationaler und europäischer Rechtswege durch diese Mediationsverfahren
19 nicht eingeschränkt werden. Bei Scheitern eines Mediationsverfahrens sollte die ELA die
20 Kompetenz erhalten, die Kommission im Einzelfall auffordern zu können, die Einleitung
21 eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen den betroffenen Mitgliedsstaat zu prüfen.
22 Leitet die EU ein Vertragsverletzungsverfahren ein, sollte der ELA der Status einer
23 Verfahrenspartei eingeräumt werden.
24

25 Begründung:

26
27 Am 13.03.2018 hat die Kommission den Verordnungsvorschlag zur Einrichtung einer
28 Europäischen Arbeitsbehörde im Rahmen des Pakets für Soziale Gerechtigkeit vorgelegt (COM
29 (2018) 131). Der Vorschlag der Kommission steht zum einen im Kontext verschiedener
30 Initiativen der Europäischen Kommission im Bereich der Arbeitnehmermobilität: Der Revision
31 der Entsenderichtlinie, der Überarbeitung der Verordnung zur Koordinierung der Systeme der
32 sozialen Sicherung sowie dem Paket Europa in Bewegung einschließlich der speziellen Richtlinie
33 zur Entsendung von Kraftfahrern im internationalen Straßenverkehrssektor. Zum anderen
34 handelt es sich bei der ELA um eine konkrete Maßnahme der Europäischen Kommission zur
35 Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR).
36

37 Nach dem Vorschlag der Kommission sind die Aufgaben der ELA darauf fokussiert, die
38 Mitgliedstaaten und die Kommission im Bereich der grenzüberschreitenden Mobilität und der
39 Koordinierung der sozialen Sicherung zu unterstützen. Die ELA soll insbesondere folgende
40 Aufgaben übernehmen:
41

- 1 - Die Information und Unterstützung von Arbeitnehmer*innen und Unternehmen, die
2 grenzüberschreitend tätig sind.
3
4 - Die Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit bei der Durchsetzung von EU-Recht.
5
6 - Die Unterstützung nationaler Kontrollbehörden bei der Durchführung von Kontrollen im
7 grenzüberschreitenden Kontext; die Durchführung und Unterstützung gemeinsamer
8 Kontrollen.
9
10 - Mediation von Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten in der Anwendung von EU-Recht.
11
12 - Erstellung von Analysen und Risikoassessments im Bereich der
13 Arbeitnehmer*innenmobilität.
14

15 Die Jusos begrüßen die Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde, wenn sie effektiv in der
16 Lage ist, grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping zu bekämpfen und faire Mobilität zu
17 fördern. Die Forderung des DGB nach einer stärkeren Rolle und umfassendere Einbeziehung der
18 Sozialpartner auf nationaler und europäischer Ebene ist zu unterstützen, da sie wesentlich zum
19 Erreichen der in der ELA Verordnung verankerten Ziele beitragen.
20

21 Eine europäische Behörde könnte eine wichtige Lücke bei der Durchsetzung von EU-Recht
22 schließen. Während sind Unternehmen und Arbeitnehmer*innen im europäischen Binnenmarkt
23 frei bewegen können, enden die Kompetenzen der nationalen Kontrollbehörden, EU-Recht zu
24 kontrollieren und durchzusetzen, an den jeweiligen Grenzen der Mitgliedstaaten. Die
25 Verwaltungszusammenarbeit funktioniert trotz verschiedener Initiativen in diesem Bereich
26 nach wie vor unzureichend und der Informationsaustausch ist viel zu langwierig und lückenhaft.
27 Damit die ELA im Bereich der grenzüberschreitenden Mobilität konkrete Verbesserungen
28 bringt, müssten die Inhalte der Verordnung jedoch konkreter und vor allem verbindlicher
29 ausgestaltet werden.
30

31 Eine Orientierung kann hier die Europol Verordnung geben, die im Bereich der Strafverfolgung
32 eine effiziente Form der Zusammenarbeit zwischen nationalen Behörden und Europol schafft,
33 ohne in die Ermittlungsarbeit der nationalen Behörden einzugreifen. Aber auch im Bereich des
34 Verbraucherschutzes sind bereits wirksamere Strukturen der grenzüberschreitenden
35 Zusammenarbeit von Behörden etabliert, die Vorbildcharakter für die ELA haben könnten. Für
36 die ELA sollten den Sozialpartnern auf nationaler Ebene zudem die Möglichkeit eingeräumt
37 werden, Rechtsverstöße im Bereich der grenzüberschreitenden Mobilität zu melden und
38 Kontrollen zu initiieren, damit die ELA gegenüber den nationalen Behörden tätig werden bzw.
39 gemeinsame oder konzertierte Kontrollen initiieren kann. Die ELA sollte dabei zur Auskunft
40 gegenüber den Sozialpartnern verpflichtet werden, welche Maßnahmen sie unternimmt bzw.
41 warum sie ggf. nicht tätig wird.
42

1 Zur wirksamen Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping sowie von
2 Wettbewerbsverzerrungen sind eine Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit und die
3 Weiterentwicklung von technischen Instrumenten unerlässlich. Dies gilt insbesondere für die
4 Bekämpfung der weit verbreiteten Praxis des Missbrauchs von Arbeitgeberseite im Bereich der
5 Sozialversicherung.
6 .

1 **Antrag 16**

2
3 **Antragsteller:** AK EUROPA Düsseldorf

4 **Adressaten:** Düsseldorfer Mitglied(er) im Europäischen Parlament, Fraktion S & D im
5 Europäischen Parlament, Düsseldorfer Mitglied(er) im Deutschen Bundestag,
6 Europa-Ausschuss des NRW-Landtages, Europa-Ausschuss des Deutschen
7 Bundestages
8
9

10 ***ARBEITSLOSENVERSICHERUNG IN EUROPA***

11
12 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

13
14 Die bisherige Europapolitik hat sich vor allem um Fragen des Wettbewerbs und der damit
15 verbundenen Kapitalinteressen gekümmert.

16 Es kommt aber nunmehr darauf an, die sozialen Fragen in den Mittelpunkt europäischer Politik
17 zu rücken und für die Mehrheit der Bürger*innen Europas Interessen zu vertreten. Die soziale
18 Krise in vielen Ländern Europas ist durch die bisherige Europapolitik mit verschuldet, und
19 daraus sollten Konsequenzen gezogen werden. Gefordert wird daher:

20
21 Die Adressaten setzen sich dafür ein, zunächst für den Euro-Raum, langfristig für die gesamte
22 Europäische Union, eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung (AL-Versicherung) zu schaffen.

23
24 Dies wäre eine Initiative, den Europagedanken wieder näher bei den Bürgerinnen und Bürgern
25 anzusiedeln und wieder für größere Akzeptanz zu sorgen.

26
27 Trägerin der Maßnahme ist eine supranationale Europäische Agentur für Arbeit und
28 Qualifikation, die in enger Kooperation mit den Regionen in Europa für die Weiterbildung und
29 Qualifizierung der Arbeitnehmer zuständig ist, um der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Staaten
30 der EU entgegen zu wirken und dem notwendigen Qualifizierungsbedarf der Fachkräfte und der
31 Arbeitnehmerschaft insgesamt eine Unterstützung zu bieten.

32
33 Die Finanzierung erfolgt tripartistisch: ein Drittel durch die Arbeitnehmerschaft, ein Drittel
34 durch die Arbeitgeberschaft und ein Drittel durch die Staaten der EU.

35
36 Die staatlichen Mittel sollten zuerst aus den Gewinnen und Überschüssen der EZB gespeist
37 werden (z. B. Rückflüsse aus den Rettungsschirmen, Gewinne der nationalen Notenbanken
38 etc.). Anstatt Gewinne der nationalen Notenbanken an die jeweiligen Staatshaushalte zu
39 übertragen, sollten die Mittel in der Eurozone den Bürger*innen / Arbeitnehmer*innen direkt
40 zugute kommen.
41

- 1 Dies beinhaltet auch einen Solidaraspekt der reichen EU-Länder mit den ärmeren und würde
- 2 dem europäischen Gedanken gut tun.
- 3
- 4 Zusätzlich wäre vermutlich eine Haushaltsposition im EU-Haushalt vorzusehen, die aus der
- 5 dringend notwendigen Finanztransaktionssteuer gespeist werden könnte.

1
2 **Antrag 17**
3

4 **Antragsteller:** AK EUROPA

5 **Adressaten:** S&D Fraktion im Europäischen Parlament, SPD Bundestagsfraktion, SPD-Mitglieder
6 der Bundesregierung, SPD Landtagsfraktion in NRW
7
8

9 ***MITBESTIMMUNG IN UNTERNEHMEN***
10

11 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
12

13 Die Adressaten werden aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften (national
14 und europäisch) ein Konzept für einen europäischen Mindeststandard für Unterrichtung,
15 Anhörung und Mitbestimmung zu entwickeln. Diese Standards sollen die Elemente der
16 Betriebsräte in den Betrieben und die Entsendung von Arbeitnehmervertreter*innen in die
17 Aufsichtsräte von Unternehmen beinhalten. Bei den Aufsichtsräten ist eine paritätische
18 Stimmenverteilung anzustreben.

19 Für die Umsetzung in nationale Gesetze sollen keine oder sehr geringe Abweichungen zulässig
20 sein. Die Regeln sollen verhindern, dass durch Verlegung des Unternehmenssitzes die
21 Vertretungsrechte ausgehebelt werden.

22 Bei transnationalen Unternehmen sind Regeln zu entwickeln um sicherzustellen, dass alle im
23 Unternehmen Beschäftigten an der Wahl der Aufsichtsratsmitglieder teilnehmen, unabhängig
24 davon in welchem Mitgliedstaat der Europäischen Union sich ihr Arbeitsplatz befindet.
25
26

27 **Begründung:**

28 Die Vertretung in den Betrieben und die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten ist ein Schritt zur
29 Gleichberechtigung zwischen Arbeit und Kapital sein. Das derzeitige Recht und die Praxis lassen
30 durch eine Verlegung und Änderung der Rechtsform von Unternehmen zu, dass die in den
31 Gliedstaaten geltenden Rechte der Belegschaften unterlaufen werden.

32 Darüber hinaus führen unterschiedliche Gesetzeslagen in den Gliedstaaten nicht unbedingt zur
33 Entwicklung von Zusammengehörigkeit der Arbeitnehmer*innen in der Union. Im Gegenteil, es
34 werden die Unterschiede nicht nur vom Management und den Unternehmenseignern, sondern
35 auch zunehmend von Rechtsparteien genutzt. Die einen benutzen die Uneinigkeit zum eigenen
36 Vorteil, d.h. Gewinnsteigerung, die anderen aus völkisch-nationalistischen Gründen um die
37 Union zu zerschlagen.

38 Wenn die Menschen die Idee der Europäischen Union in ihrem beruflichen Umfeld als
39 Bedrohung oder Einschränkung erleben, bestärkt es die Skepsis und Ablehnung. Die Erfahrung
40 der Reisefreiheit, einheitliche Währung wird als Selbstverständlichkeit wahrgenommen, weil
41 die Erinnerung an die Zeit davor inzwischen verblasst ist. Man kann es bedauern und es immer

1 wieder schildern, der Erfolg wird ausbleiben, warum auch immer. Dagegen ist der Verlust oder
2 die Drohung des Verlustes des Arbeitsplatzes Realität. In direkter Nachbarschaft zu Düsseldorf
3 erleben wir die Fusion der Stahlsparte von ThyssenKrupp mit Tata Steel. Der Unternehmenssitz
4 wird nach Amsterdam verlegt. Ähnliches geschieht durch die Zusammenlegung von Linde mit
5 dem amerikanischen Praxair, allerdings mit Sitz in Irland.
6 Das sind nur zwei Ereignisse und von der Öffentlichkeit nur am Rande wahrgenommen. Diese
7 Ereignisse werden in der Gesellschaft tiefer Spuren hinterlassen als andere lautstark geführte
8 Debatten.

1 **Antrag 18**

2
3 Antragssteller*innen: Jusos Düsseldorf

4 Adressat*innen: Mitglieder der S&D Fraktion im Europäischen Parlament, SPD-Mitglieder in der
5 Bundesregierung, Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion
6

7 ***Ein Europa der offenen Grenzen und der Solidarität!***

8
9 Die Mitglieder der S&D Fraktion im Europäischen Parlament, die SPD-Mitglieder in der
10 Bundesregierung, die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich für eine
11 engere europäische Koordinierung und eine Harmonisierung — und letztlich eine
12 Vereinheitlichung — der Asyl- und Einwanderungspolitiken in den einzelnen Mitgliedsstaaten
13 einzusetzen.

14 Dabei sind folgende Punkte umzusetzen:

- 15 – Es soll ein rechtlicher Rahmen für Einwanderung auf der EU-Ebene geschaffen werden, der
16 die EU als Einwanderungsland versteht. Gleichzeitig soll ein einheitlich rechtlicher Rahmen
17 für ein europäisches Asylverfahren geschaffen werden, der mindestens die Genfer
18 Flüchtlingskonvention einhält.
- 19 – Das Dublin III-System soll durch ein System, in dem alle EU-Staaten ihren Beitrag leisten,
20 ersetzt werden.
- 21 – Zentren für Geflüchtete außerhalb der EU dürfen nicht eingerichtet werden.

22 23 **Begründung:**

24 Die Debatte über die Asyl- und Migrationspolitik innerhalb der EU hat dieses Jahr eine
25 erschreckende Richtung eingeschlagen. Es wird nicht mehr darüber diskutiert, ob man die
26 Grenzen offenhalten will oder nicht, sondern nur noch, ob die Schließung der Grenzen national
27 oder europäisch geschehen soll. Wir sagen ganz klar, dass es so weitergehen kann. Die SPD
28 konnte oder wollte dem nichts entgegensetzen, dabei muss die SPD die Partei der
29 Internationalität, der offenen Grenzen und der Hilfsbedürftigen sein. Wir wollen daher, dass wir
30 uns als Partei für ein offenes Europa einsetzen. Dazu brauchen wir einen europäischen Rahmen
31 für Einwanderungsgesetze und müssen die Anstrengungen, die Asylproblematik solidarisch
32 innerhalb der EU zu lösen, intensivieren. Dabei muss sich das supranationale Europa auch
33 gegen inhumane und unchristliche nationale Politiker wie bspw. die Führungsrige der CSU
34 durchsetzen. Auch muss den inhaltsleeren Parolen ein Ende gesetzt werden und ein
35 umsetzbarer, europäischer Plan für Einwanderung und Asyl entwickelt werden. Das
36 Einwanderungsgesetz darf weder auf nationaler noch auf EU Ebene eine leere Hülle bleiben,
37 sondern muss schnellstmöglich Realität werden, um sichere Wege nach Europa zu garantieren.
38 Des Weiteren macht es keinen Sinn, das Dublin III System aufrechtzuerhalten – es ist 2015
39 schlicht und ergreifend zusammengebrochen. Solidarität mit den Grenzstaaten der EU bedeutet
40 eben neben Geldhilfen auch eine Abnahme der dort ankommenden Geflüchtete, die dann in
41 den anderen Staaten nach gemeinsamen Recht Asylanträge stellen können.

1 Antrag 19

2
3 **Antragsteller:** AK EUROPA

4 **Adressaten:** Fraktion S & D im Europäischen Parlament, Düsseldorfer Mitglied(er) im
5 Europäischen Parlament sowie im Deutschen Bundestag, Europa-Ausschuss des
6 Deutschen Bundestags, Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag
7
8

9 **SEENOTRETTUNG ALS GRUNDLEGENDE PFLICHT GEMÄSS DER** 10 **WÜRDE DES MENSCHEN**

11
12 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

13
14 Die Migrationsbewegung mag verschiedene Gründe haben. In den allerwenigsten Fällen aber
15 ist sie eine Suche nach dem *besseren Leben*; sie ist eine Suche nach *Lebenserhaltung*. Vor
16 diesem Hintergrund sind die Bemühungen der Menschen zu betrachten, die über See oder Land
17 zumeist nicht mehr als ihr Überleben zu sichern suchen.
18

- 19 1 Daher fordern wir die Adressaten dieses Antrags auf, bundespolitisch gem. Art. 1 Abs. 1,
20 Satz 1 Grundgesetz, europapolitisch gem. Präambel Abs. 2 i. V. m. Art. 1 – Art. 3 Charta der
21 Grundrechte der EU sowie gemäß Art. 33 der Genfer Flüchtlingskonvention sich mit
22 gebotener Bestimmtheit dafür einzusetzen, dass
- 23 • jedwedes Schiff, das bereit ist, Flüchtlinge aus Seenot zu retten,
 - 24 ▪ ungehindert und ausgestattet aus jedem Hafen der Europäischen Union auslaufen kann,
 - 25 ▪ ungehindert Flüchtlinge aufnehmen sowie erstversorgen kann und
 - 26 ▪ ungehindert in jedem Hafen der Europäischen Union anlegen kann, um die Flüchtlinge
 - 27 an Land zu bringen;
 - 28 • jedes Schiff, das im Auftrag eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder im Auftrag
29 der Europäischen Union aktiv ist,
 - 30 ▪ verpflichtet wird, Flüchtlinge in Seenot zu retten, Erstversorgung zu leisten und in einem
 - 31 Hafen der Europäischen Union an Land zu bringen.
 - 32 ▪ Im Falle von Notrufen sind diese Schiffe zu verpflichten, sich unmittelbar zur Stelle des
 - 33 Unglücks zu begeben und ggf. unmittelbar auszulaufen, sollten sie vor Anker liegen.

- 34
35 2 Jedwede Behinderung einer Rettungsaktion ist zu unterbinden; falls eine Behinderung
36 dennoch stattfindet, ist sie zu ahnden.
37

- 38 3 Alle Adressaten haben sich ausdrücklich gegen die von der libyschen Regierung 2017
39 ausgerufenen „Search-and-Rescue-Zone“ (SAR-Zone), die weit über die libyschen
40 Hoheitsgewässer hinaus in internationales Gebiet reicht, auszusprechen, da diese Zone

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10

- eine völkerrechtswidrige Ausweitung nationaler Souveränitätsrechte bedeutet
- eine ausdrückliche Verletzung des Non-Refoulement-Verbots (Grundsatz der Nichtzurückweisung) bedeutet, da anders als vom SPD-Politiker Roth am 31.05.2017 im Bundestag behauptet, eine Rückverbringung von Personen aus internationalen Gewässern durchaus eine Verletzung dieses Grundsatzes ist.

Begründung:

Erfolgt mündlich – sollte angesichts des Sujets aber fast entbehrlich sein.

1 **Antrag 20**

2
3 **Antragsteller:** AK EUROPA

4 **Adressaten:** Fraktion S & D im Europäischen Parlament, Düsseldorfer Mitglied(er) im
5 Europäischen Parlament sowie im Deutschen Bundestag, Europa-Ausschuss des
6 Deutschen Bundestags, Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag
7
8

9 ***KEINE EXPORTE UNTER WERT AN LÄNDER*** 10 ***AUSSERHALB DER EU***

11
12 Die SPD setzt sich über Ihre Fraktion im Europaparlament und Ihre Mitglieder in der
13 Bundesregierung für ein Verbot auf EU-Ebene ein, landwirtschaftliche Überschüsse an Länder
14 außerhalb der EU zu Preisen zu veräußern, die unter den örtlichen Preisen für die jeweiligen
15 landwirtschaftlichen Güter in dem jeweiligen Land liegen. Außerdem darf ein Verkauf von
16 landwirtschaftlichen Überschüssen an Länder außerhalb der EU nicht die Preise unterschreiten,
17 die auf dem europäischen Markt dafür zu zahlen sind.
18

19 **Begründung:**

20 Wir werden aktuell durch eine verstärkte Migration aus Ländern außerhalb der EU auf die
21 wirtschaftlichen Probleme auf unserem Nachbar-Kontinent aufmerksam gemacht. Ziel
22 europäischer Politik muss es sein, alles zu tun, dass möglichst viele dieser Länder in der Lage
23 sind, Ihre Ernährung so weit wie möglich durch von ihrer eigenen Bevölkerung betriebene
24 Landwirtschaft sicherzustellen. Dafür ist es hinderlich, wenn europäische landwirtschaftliche
25 Überschüsse in diese Länder unter Preis verkauft werden. Dadurch bricht in den
26 entsprechenden Fällen für die konkurrierenden Produkte heimischer Landwirte der Markt weg.
27 Diese können Ihre Produkte vielfach nicht absetzen und infolgedessen nicht die nötigen
28 Umsätze und Gewinne erzielen, um die Kosten für ihren landwirtschaftlichen Betrieb und den
29 Lebensunterhalt ihrer Familien decken zu können. Durch die Veräußerung von Überschüssen
30 der EU-Landwirtschaft unter Preis wird deshalb die Entwicklung einer eigenständigen
31 heimischen Landwirtschaft auf unverantwortliche Weise behindert. Diese Praxis muss deshalb
32 beendet werden. Das Verbot muss einerseits von den jeweiligen lokalen Preisen im jeweiligen
33 Land ausgehen. Das genügt jedoch alleine nicht. Es erscheint nämlich als möglich, dass die
34 jeweiligen örtlichen Preise nicht in allen Fällen zweifelsfrei feststellbar sind.
35 Außerdem kann die jeweilige lokale Landwirtschaft auch durch den Verkauf von Überschüssen
36 zu einem nur unwesentlich über den lokalen Preisen liegenden Preis behindert werden. Die
37 lokalen Käufer werden ggf. nämlich die evtl. perfekteren EU-Produkte den heimischen
38 Produkten vorziehen, wenn nicht ein deutlicher Preisunterschied besteht.
39 Deshalb und aus Gründen der Praktikabilität sollten in dem Verbot als zweite Untergrenze die
40 Preise gelten, die auf dem europäischen Markt dafür zu zahlen sind.

1 **Antrag 21**

2
3 Antragssteller*innen: Jusos Düsseldorf

4 Adressat: Unterbezirksparteitag

5 ***Wirksame Bekämpfung von Fluchtursachen!***

6 **Wir fordern:**

- 7 – **Wirtschaft:** Statt der Deregulierung der Märkte und rein privater Investitionen, müssen
8 langfristig angelegte wirtschaftliche Strukturhilfen im Fokus einer europäischen Handels- und
9 Wirtschaftspolitik stehen. Lokale und regionale Unternehmen müssen gezielt gefördert und
10 unterstützt werden. Insbesondere müssen durch die EU subventionierte Exporte von
11 Agrarprodukten nach Afrika gestoppt werden, um den heimischen Bauern nicht weiter die
12 Lebensgrundlage zu entziehen. Insbesondere in ländlichen Gebieten bedarf es einer gezielten
13 Förderung und Investitionen bspw. durch die Bereitstellung von besserem Saatgut, effektiven
14 Bewässerungssystemen (Tröpfchenbewässerung), Optimierung der Tierzucht sowie fachlicher
15 Fortbildung - auch zu möglichen Vermarktungsstrategien. Nicht zuletzt müssen
16 Handelsabkommen faire Preise für Rohstoffe und Nahrungsmittelsexporte beinhalten. Um einen
17 globalen Rahmen für effektive Entwicklungs- und Handelspolitik zu schaffen müssen wir uns
18 dafür einsetzen die WTO Regeln solidarischer zu gestalten. Bei der Schließung von
19 Handelsabkommen müssen neben rein ökonomischen auch rechtsstaatliche und soziale Aspekte
20 miteinbezogen werden. Die EU muss den Zusammenhang zwischen Flucht und globalen
21 Verteilungsfragen anerkennen und danach handeln!
- 22
- 23 – **Klimapolitik:** Die EU muss sich für eine nachhaltige, ökologische Wirtschafts- und Klimapolitik
24 einsetzen. Die Reduktion der Treibhausgase muss hier an erster Stelle stehen. Auch für die
25 Unterstützung von Menschen in betroffenen Regionen bspw. durch bessere Risikovorsorge, die
26 Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Naturkatastrophen und geplante Umsiedlungen
27 muss die EU sich international einsetzen, ebenso für die Schaffung einer geeigneten Definition
28 von Umweltflucht und die Aufnahme von Klimaflüchtlingen in die Genfer Flüchtlingskonvention.
29
- 30 – **Bildung:** Hier muss die EU durch gezielte Projekte und Programme intensiv in Ausbildung und
31 Bildung investieren und mit lokalen Akteuren kooperieren. Außerdem müssen durch
32 Unterstützung lokaler Unternehmen, Arbeitsplätze geschaffen werden. Nur auf diese Weise
33 können jungen Menschen vor Ort Perspektiven und eine Zukunft in ihrer Heimat aufgezeigt
34 werden.
35
- 36 – **Auffanglager außerhalb der EU sind abzulehnen.**
- 37
- 38 – **Sicherheit und Entwicklungszusammenarbeit:** Die EU muss ihr Versprechen einlösen, 0,7 % des
39 BNE als Etat für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. Der Schwerpunkt darf hierbei
40 nicht auf Finanzierung von Migrationskontrolle liegen. Neben der Gruppe der Geflüchteten,
41 müssen auch weitere Gruppen - z. B. Displaced persons - mehr in den Fokus gerückt werden.

1 Dabei soll auch ein besonderes Augenmerk auf Frauenfördernde Projekte gelegt werden. Denn:
2 Erfolgreiche Entwicklungspolitik bedeutet auch einen verstärkten Einsatz für Frauenrechte und
3 Aufklärung.

4 Die EU muss mehr Transparenz über den Einsatz und den tatsächlichen Nutzen finanzieller Mittel
5 (z. B. durch Vereinfachung parlamentarischer Berichte) schaffen sowie eine verstärkte
6 Aufklärung der Zivilbevölkerung in Europa über die Situationen vor Ort. Hierzu müssen auch
7 Repräsentant*innen der Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern stärker in die einzelnen Projekte
8 einbezogen werden. Dabei darf dies nicht einhergehen mit der gleichzeitigen finanziellen und
9 militärischen Unterstützung diktatorischer Regime oder der Verknüpfung solcher
10 Hilfsmaßnahmen mit Abschiebeabkommen.

11 **Begründung:**

12 Kaum eine Debatte wird auf politischer Ebene und medial schon seit Jahren so intensiv geführt, wie
13 jene, um die sogenannte Flüchtlingskrise. Was im Jahr 2015 mit der vielerorts euphorisch gefeierten
14 deutschen „Willkommenskultur“ begann, war von Anfang an in vielen anderen EU-Staaten höchst
15 umstritten und auch in Deutschland hat sich die politische Stimmungslage seitdem dramatisch
16 verändert. Noch nie nach dem Ende des Kalten Krieges waren unsere offenen Grenzen und somit
17 unsere Freiheit so gefährdet, wie heute. Länder, wie Ungarn und Polen schotten sich weitgehend
18 durch Grenzsicherungen ab. Auch Länder wie Frankreich oder Österreich nehmen keine oder nur
19 wenige Flüchtlinge auf. In Italien regiert eine rechtspopulistische Parteien, die von
20 Grenzsicherungen und Abschottung nicht nur spricht, sondern mit der Abweisung von
21 Rettungsmissionen, auch bereits aktiv umsetzt. In Deutschland ist der Rechtsruck mit der AfD im
22 Bund und der CSU in Bayern in vollem Gange.

23 Dublin III ist gescheitert und so setzt die EU bei der Lösung der Flüchtlingsfrage selbst vor allem auf
24 eine Politik der Abschottung und Abschreckung. Europäische Grenzen werden durch entsprechende
25 Grenzanlagen militärisch abgeriegelt, die Verantwortung für den Schutz europäischer Außengrenzen
26 weit nach Afrika hinein verlagert und dabei mit Diktatoren paktiert, die Menschen - mit welchen
27 Mitteln auch immer - von der Flucht abhalten sollen. Und so müssen wir heute tatsächlich darüber
28 diskutieren, ob es geboten ist, ertrinkende Menschen zu retten oder nicht, ob solche
29 Rettungsmissionen unter Umständen nicht sogar eine Straftat darstellen. Fazit: Lasst nur genügend
30 Menschen ertrinken, dann wagen andere vielleicht gar nicht erst die gefährliche Überfahrt. Dabei
31 wird mit dem Schutz vor Terrorismus und der Bekämpfung von Schleppern argumentiert. Wenn die
32 Europäische Union sich als Wertegemeinschaft verstehen will, muss sie sich heute fragen lassen, von
33 welchen Werten wir überhaupt noch sprechen. Dabei ist es die Politik der reicheren Hälfte des
34 Planeten, die für viele der Fluchtursachen in Nahost und Afrika verantwortlich zeichnet. Eine Politik
35 der Abschottung ist deshalb vor allem eines: Zechprellerei!

36 Im Jahr 2015 beschloss die EU die Einrichtung eines zwei Milliarden Euro schweren Treuhandfonds
37 zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Laut einer Studie von Oxfam¹ richten sich mehr als die Hälfte
38 der hier getroffenen Maßnahmen auf eine kurzfristige Bekämpfung der Migrationsströme,
39

¹ Oxfam: An Emergency for whom? The EU Emergency Trust Fund for Africa – Migratory Routes and Development Aid in Africa (Summary), URL: https://d1tn3vj7xz9fdh.cloudfront.net/s3fs-public/file_attachments/bp-emergency-for-whom-eutf-africa-migration-151117-summ-en_1.pdf (Stand: 23.07.2018).

1 insbesondere auf die finanzielle Unterstützung militärischer Kräfte auch diktatorischer Staaten, die
2 Flüchtende zurückhalten sollen. Die (parlamentarische) Kontrolle des Einsatzes dieser finanziellen
3 Mittel ist nur beschränkt möglich. Auch unterscheidet der Beschluss grundsätzlich nicht zwischen
4 Migration und Flucht – auf beides müssen unterschiedliche Antworten gefunden werden.
5 Auch der G20-Gipfel im vergangenen Jahr, der sich eher beiläufig auch mit Afrika beschäftigte,
6 sendete die Botschaft: Absage an klassische Entwicklungshilfe, Wachstum und Profit als oberstes
7 Gebot, Abnahme des Migrationsdrucks und vergleichsweise geringe Wirtschaftsförderung für
8 einzelne Staaten (Tunesien, Elfenbeinküste, Ghana, Marokko, Senegal, Ruanda) als Zielvorgabe.
9 Deshalb braucht die Europäische Union, statt einer Politik der Abschottung, endlich eine echte
10 Strategie zur wirksamen Bekämpfung der Fluchtursachen. Dabei müssen besonders folgende Punkte
11 berücksichtigt werden:

12

13 **Für eine faire Wirtschafts- und Handelspolitik**

14 Die Vorstellung von einem globalen Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Verfolgung
15 menschenrechtlicher und ökologischer Ziele erweist sich als Illusion. Die Frage nach einer wirksamen
16 Bekämpfung von Fluchtursachen ist vor allem eines: Eine Frage globaler Verteilungsgerechtigkeit!
17 Europäische Wirtschaftspolitik verfolgt auch in Ländern des afrikanischen Kontinents vor allem eine
18 neoliberale Agenda. Im Fokus von Handelsabkommen und Verträgen stehen die Deregulierung des
19 Marktes und Gewinnmaximierung anstelle von Reduzierung der Arbeitslosigkeit und gezielter
20 Förderung lokaler Unternehmen oder Kleinbauern. Europa ist außerdem von den möglichst
21 günstigen Importen fossiler Brennstoffe und anderer Rohstoffe – z. T. aus Ländern, die von instabilen
22 Regimen und Diktatoren regiert werden - abhängig. Gerade hier besteht in der Folge zusätzliches
23 Konfliktpotenzial durch mögliche Stellvertreterkriege.

24 **Klimapolitik**

25 Eine bedeutende Rolle bei der Entstehung von Fluchtursachen spielt bereits jetzt der Klimawandel.
26 Seit 2014 haben weltweit fast 20 Millionen Menschen aufgrund von extremen Wetterlagen wie Dürre
27 oder Überschwemmungen ihre Existenzgrundlage verloren und mussten ihre Heimat verlassen.² Laut
28 Oxfam müssten zur Eindämmung solcher Katastrophen und schleichender Schäden bis 2050
29 innerhalb der EU CO₂-Neutralität erreicht werden.

30 Die sogenannten Klimaflüchtlinge werden bisher nicht von der Genfer Flüchtlingskonvention als
31 Geflüchtete anerkannt, auch weil eine Definition in Abgrenzung zur Flucht aus wirtschaftlichen
32 Gründen schwierig, der Übergang fließend ist. Ansätze einer Beschäftigung mit diesem Thema sind
33 zwar sowohl in der Nansen-Schutzagenda von 2015, der Präambel des Klimavertrages von Paris
34 (2015) und im Laufenden Prozess der Vereinten Nationen zur Schaffung eines "Paktes für sichere,
35 geordnete und reguläre Migration" zu finden,³ eine brauchbare Definition und deren Anwendung
36 existieren bisher jedoch nicht. Die Entwicklung einer solchen und die Aufnahme in die Genfer
37 Flüchtlingskonvention ist jedoch besonders für die Zukunft unerlässlich.

38 **Bildungspolitik**

² International Displacement Monitoring Center, zitiert bei: <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/fluchtursachen/fluchtursache-klimawandel/> (Stand: 23.07.2018)

³ Dieser Prozess soll Ende 2018 abgeschlossen sein.

1 Mehr als 50 % der Bevölkerung Afrikas, aber auch Syriens sind unter 30 Jahren alt. Ein bedeutender
2 Anteil dieser jungen Menschen haben keinen oder einen mangelhaften Zugang zu Bildung oder sind
3 arbeitslos. Eine ganze Generation steht vor vollkommener Perspektivlosigkeit.

4 **Auffanglager**

5 Auch die Zustände in Auffanglagern außerhalb der EU, bspw. in Libyen, sind weitgehend bekannt.
6 Geflüchtete müssen hier unter menschenunwürdigen Umständen unterversorgt und ohne
7 Perspektiven vor sich hin vegetieren.

8 **Entwicklungspolitik**

9 Eine langfristige Bekämpfung der Fluchtursachen darf nicht nur wichtige, aber kurzfristige
10 Maßnahmen, wie die Versorgung Geflüchteter in den Aufnahmeländern und die Schaffung sicherer
11 Räume beinhalten, sondern muss langfristig ausgerichtet sein. Erklärtes Ziel der EU und ihrer
12 Mitgliedsstaaten ist die Investition von 0,7 % des BNE in den Etat für Entwicklungshilfe. Im Jahr 2017
13 schaffte sie jedoch lediglich 0,5 %.

14 Insbesondere müssen diese Gelder in die richtigen Projekte investiert werden. Statt v. a. die
15 sicherheitspolitischen Interessen und Ziele der EU und damit einen verstärkten Mitteleinsatz für
16 die Migrationsabwehr zu verfolgen - fragwürdig erscheint hier v. a. eine durch die Kommission
17 geplante engere Verknüpfung von Sicherheits- und Entwicklungspolitik,⁴ - benötigen Geflüchtete eine
18 Perspektive in den Aufnahmeländern. Dies beinhaltet Zugang zu Bildung sowie wirtschaftliche und
19 soziale Sicherheit vor Ort, auch um auf eine mögliche Rückkehr in ihre Heimatländer gut
20 vorzubereiten. Hierzu muss vor allem langfristig die finanzielle Grundlage für humanitäre Hilfe in den
21 Aufnahmeländern (z. B. Libanon, Jordanien) gesichert und stabilisiert werden. Statt der Bekämpfung
22 der Migrationsströme (im Rahmen von EUTF ca. 22 % des Etats)⁵ müssen vor allem Krisenprävention
23 und Friedenssicherung im Fokus der Entwicklungspolitik stehen. Dazu müssen alle Instrumente der
24 Entwicklungspolitik - vor allem die 'peacekeeping' - Missionen der UN - sowie die Unterstützung
25 ziviler Organisationen vor Ort, ausgeweitet werden. Dabei darf dies nicht einhergehen mit der
26 gleichzeitigen finanziellen und militärischen Unterstützung diktatorischer Regime oder der
27 Verknüpfung solcher Hilfsmaßnahmen mit Abschiebeabkommen. Die Unterstützung von Projekten
28 vor Ort dürfen nicht von einer damit einhergehenden Begrenzung der Migrationsströme abhängig
29 gemacht werden, stattdessen müssen die Interessen der Staaten und ihrer Bevölkerung im
30 Vordergrund stehen.

31 Nicht zuletzt muss mehr Transparenz über die Finanzierung von Projekten - bspw. im Rahmen von
32 EUTF für Afrika - hergestellt werden, um auszuschließen, dass v. a. europäische Interesse hier im
33 Vordergrund stehen. Der tatsächliche Nutzen von geförderten Projekten und Maßnahmen muss
34 langfristig wissenschaftlich evaluiert werden

35

36

⁴ Brot für die Welt: <https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/eu-instrument-stabilitaet-frieden-gefahr> (Stand: 02.09.2018).

⁵ Oxfam: An Emergency for whom? S. 4-5.

Antrag 22

Antragsteller: AK EUROPA

Adressaten: Fraktion S & D im Europäischen Parlament, Düsseldorfer Mitglied(er) im Europäischen Parlament sowie im Deutschen Bundestag, Europa-Ausschuss des Deutschen Bundestags, Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag

FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN DURCH FÖRDERUNG DER HEIMISCHEN WIRTSCHAFT DER FLUCHTLÄNDER

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die Adressaten dieses Antrags werden aufgefordert, nachfolgende Maßnahmen einzuleiten:

- Die EU veranstaltet halbjährliche Konferenzen gemeinsam mit der Organisation Afrikanischer Staaten zur Förderung der Wirtschaft in den afrikanischen Staaten. Die Konferenzen finden in Afrika statt. Eingeladen werden darüber hinaus Vertreter der privaten Wirtschaft.
- Eruiert werden jene Wirtschaftsbereiche, die grundlegend für eine Entfaltung der ökonomischen Aktivität im jeweiligen Heimatland sind.
 - Hinsichtlich der Förderung **öffentlicher** Tätigkeiten (Demokratisierung, Bekämpfung der Korruption, Infrastrukturmaßnahmen, Effizienzsteigerung in öff. Institutionen, akuter Armutsbekämpfung) intensivieren die staatlichen Mitglieder der Konferenz ihre Zusammenarbeit.
 - Dazu gehört unter anderem, dass die Mitgliedstaaten der EU, mindestens 0,7 % ihres BIP für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen.
Die Programme haben sich an den UN-Millenniumszielen zu orientieren.
 - Hinsichtlich der Förderung **privater** Tätigkeiten (Aufbau der heimischen Wirtschaft) werden Maßnahmen analog dem „Juncker-Plan“ für europäische Investitionen gefordert; z. B. könnte jede private Investition durch einen Zuschuss in Höhe von 2/3 der Investitionssumme gefördert werden.
 - Wesentlich dabei ist, dass Direktinvestitionen im Heimatland stattfinden.
 - Wesentlich ist darüber hinaus, dass jedwede Investition unter Einhaltung gebotener Arbeitsbedingungen und Arbeitsentgelte stattfindet. Eine Verelendung von Bevölkerungsgruppen wie unter den gegenwärtigen Bedingungen – erheblicher – chinesischer Investitionen in Afrika, gilt es zu unterbinden.
Ein entsprechender Codex ist durch die Adressaten zu gewährleisten.
 - Dabei sind genossenschaftliche Unternehmensformen zu forcieren.
- Schließlich gilt es, Handelsabkommen zu revidieren. Die bestehenden EPA-Abkommen (**Economic Partnership Agreement**) sowie Fischerei-Abkommen etc. unterstellen, dass weniger entwickelte Staaten die wirtschaftliche Kraft europäischer Staaten hätten.
Dies ist falsch.

1 Im Rahmen von fairen Handelsabkommen ist die jeweilige Wirtschaftskraft zu berücksichtigen.
2 Daher sollte weniger entwickelten Ländern ausdrücklich das Recht eingeräumt werden,
3 Importzölle solange zu erheben, bis sie eine heimische Wirtschaft entwickelt haben, die es – je
4 nach Branche – schafft, mit der entsprechenden Branche in der Europäischen Union in
5 Wettbewerb zu treten. Multilaterale Gremien von Wirtschaftswissenschaftler*innen können
6 mithelfen, diesen Zustand zu eruieren.

7
8 **Begründung:**

9
10 Menschen verlassen ihr Heimatland oftmals angesichts existentieller Not. Diese kann politische,
11 kriegerische oder wirtschaftliche Ursachen haben. Grundlegend kann diese Not nur durch eine
12 politische Demokratisierung, eine wirksame Friedenspolitik einschl. effizienter Diplomatie sowie
13 durch eine wirtschaftliche Entwicklung der Heimatländer behoben werden. Dieser Antrag fokussiert
14 den letztgenannten Aspekt.

15
16 Gegenwärtig führen Exporte aus der Europäischen Union (EU) in weniger entwickelte Länder dazu,
17 die Entwicklung der dortigen heimischen Wirtschaft zu hemmen oder zu zerstören.

18
19 Dies erfolgt, weil

- 20 • subventionierte Produkte aus der EU gegen nicht-subventionierte Produkte der dortigen
21 heimischen Wirtschaft im Wettbewerb stehen. Dies trifft nicht alleine, aber insbesondere, den
22 dortigen heimischen Sektor für Lebensmittel;
- 23 • nicht subventionierte Produkte aus der EU gegen dortige heimische Produkte im Wettbewerb
24 stehen. Auch diese Konstellation hindert unzulässig die Entwicklung der dortigen heimischen
25 Wirtschaft, da sie gegen den Vorsprung von wenigstens 150 Jahren industrieller Revolution
26 ankämpfen müssen – ein Wettbewerb, den gering ausgebildete Wirtschaften nicht bestehen
27 können.

1 **Antrag 23**

2
3 Antragsteller*innen: Jusos Düsseldorf

4 Adressat*innen: SPD-Mitglieder der Bundesregierung, SPD-Bundestagsfraktion, Mitglieder der S&D
5 Fraktion des Europäischen Parlaments

7 ***Reform der Economic Partnership Agreements***

8
9 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung sowie die SPD-Bundestagsfraktion und die Mitglieder der
10 S&D Fraktion des Europäischen Parlaments werden aufgefordert:

- 11 1. Sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die noch laufenden Verhandlungen,
12 Zwischenabkommen oder ratifizierten Economic Partnership Agreements umgehend
13 ausgesetzt werden, ohne dass die Mitteleinkommensländer ihren präferentiellen EU-
14 Marktzugang verlieren.
- 15 2. Sich dafür einzusetzen, dass die EU-Handelsbeziehungen mit den Ländern Afrikas, der Karibik
16 und des Pazifiks (AKP) zukünftig darauf abzielen, die wirtschaftliche Entwicklung der AKP-
17 Staaten mehr in den Fokus zu stellen und nicht die eigenen wirtschaftlichen Profite.
- 18 3. Dabei zukünftig die möglichen ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen von
19 Handel auf die betroffenen AKP-Staaten zu prüfen und gegebenenfalls Anpassungen
20 vorzunehmen.
- 21 4. Darauf hinzuwirken, dass in der Entwicklung neuer fairer Handelsbeziehungen zu den AKP-
22 Staaten die Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Parlamentarier, sowohl auf Seiten der
23 AKP-Staaten als auch auf Seiten der EU gewährleistet wird. Sich für eine europäische
24 Handelspolitik mit den AKP-Staaten einzusetzen, die neben den bilateralen
25 Handelsbeziehungen zwischen der EU und den jeweiligen AKP-Staaten, auch die Stärkung der
26 regionalen Handelsbeziehungen der AKP-Staaten untereinander fördert.
- 27 5. Sich für eine Änderung der multilateralen Handelsregeln zugunsten von Entwicklungsländern
28 einzusetzen, entweder durch eine Reform der World Trade Organisation oder durch ihre
29 Eingliederung in das Regelwerk der Vereinten Nationen. Damit würden Beschlüsse der
30 Vereinten Nationen (UN), wie das Pariser Klimaabkommen, die UN Nachhaltigkeitsziele, die
31 UN Menschenrechtscharta oder die Arbeitsnormen der International Labour Organisation
32 selbstverständlicher Bestandteil von globalen Handelsregeln.

33 **Begründung:**

34 Die Europäische Union hat in den letzten Jahren viele Verhandlungen über bilaterale
35 Handelsabkommen mit afrikanischen Ländern geführt, einige abgeschlossen, die meisten sind aber
36 noch in Kraft getreten. Diese sogenannten Economic Partnership Agreements (EPAs) beenden die
37 bisherige Politik der EU, einseitige Handelspräferenzen für die meisten afrikanischen, pazifischen und
38 karibischen Staaten (AKP-Staaten) zum Europäischen Binnenmarkt zu gewähren.
39 Stattdessen werden gegenseitige Handelsbarrieren nun sowohl von der EU als auch von den AKP
40 Staaten abgebaut werden müssen. Damit würden viele ärmere afrikanische Länder durch den
41 Wegfall von Einfuhrzöllen zum Teil gravierende Verluste für die Staatseinnahmen hinnehmen

1 müssen. Die langfristige Abschaffung fast aller Einfuhr- und Schutzzölle (ca. 80%) gegenüber EU
2 Importen wird eine eigenständige industrielle Entwicklung und damit die Schaffung dringend
3 benötigter Arbeitsplätze enorm erschweren. Schlimmer noch, einige EPAs mit Einzelländern
4 verbieten bei den wichtigen Agrarprodukten, die von der Zolllenkung ausgenommen sind, eine
5 zukünftige Erhöhung der Zölle, um die Importfluten durch subventionierte EU Billigprodukte (Milch,
6 Fleisch, Getreide, Gemüse) abzuwehren und lokalen Produzenten eine Chance auf den eigenen
7 Märkten zu gewähren. Bei der Durchsetzung der EPAs führt die EU eine sehr kompromisslose Linie
8 und drohte den sogenannten Mitteleinkommenstaaten, – sie erhalten, anders als die ärmsten
9 Länder keine einseitige Zollfreiheit in die EU - die Bedenken äußern oder sich weigern die EPAs zu
10 unterzeichnen, mit Verlust der Handelspräferenzen zum europäischen Binnenmarkt. Dadurch
11 wurden viele Staaten gezwungen die EPAs zu unterzeichnen, obwohl sie diese als negativ für die
12 eigene Wirtschaft betrachten.
13

1 **Antrag 24**

2
3 **Antragsteller:** AK EUROPA

4 **Adressaten:** Fraktion S & D im Europäischen Parlament, Düsseldorfer Mitglied(er) im
5 Europäischen Parlament sowie im Deutschen Bundestag, Europa-Ausschuss des
6 Deutschen Bundestags, Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag
7

8 **TRANSPARENZ IN DER EUROPÄISCHEN GESETZGEBUNG**

9
10 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

11
12 Die SPD Düsseldorf begrüßt es, dass die EU in Bezug auf ihr in wichtigen Teilen bürgerfernes
13 Gesetzgebungsverfahren, nämlich in Bezug auf das Trilogverfahren (polemisch ausgedrückt:
14 Hinterzimmergesetzgebung), durch die Entscheidung des EuG v. 18.03.2018 Rs. T-540/15 de Capitani
15 / Europäisches Parlament sich selbst korrigiert hat. Danach hat nämlich das Interesse des einzelnen
16 Bürgers, der per Antrag Einsicht in die Dokumente des Trilog-Verfahrens nehmen will, Vorrang vor
17 dem Geheimhaltungsinteresse der drei an dem Trilogverfahren beteiligten europäischen
18 Gesetzgebungsorgane Ministerrat, Europäisches Parlament und Europäische Kommission,
19 so dass dem Antrag stattgegeben werden muss.
20

21 Die SPD fordert, dass die Selbstkorrektur, die durch die genannte Gerichtsentscheidung veranlasst
22 wurde, auf politischer Ebene weitergeführt wird und die Dokumente des Trilogverfahrens (4-column-
23 documents) bedingungslos, d. h. ohne dass es dafür des Antrags eines / einer einzelnen Bürger*in
24 bedarf, veröffentlicht werden, damit die grundlegende Öffentlichkeit des europäischen
25 Gesetzgebungsverfahrens auch in Bezug auf das Trilogverfahren hergestellt wird und dadurch dem
26 Grunderfordernis eines demokratischen und nicht in erster Linie technokratischen
27 Gesetzgebungsverfahrens Rechnung getragen wird. Alle SPD-Parlamentarier*innen des Europäischen
28 Parlaments und alle von der SPD gestellten Bundesminister*innen haben sich für dieses Ziel
29 einsetzen. Die drei europäischen Gesetzgebungsorgane werden aufgefordert, als Reaktion auf die o.
30 g. Entscheidung des EuG **nicht** neue Geheimverhandlungsräume außerhalb des in den
31 Geschäftsordnungen und interinstitutionellen Vereinbarungen geregelten Trilog-Verfahrens zu
32 schaffen. Dadurch würde dem durch die EuG-Entscheidung gestärkten Demokratieprinzip geschadet
33 und der EU-Verdrossenheit vieler Bürger*innen (siehe Brexit) Vorschub geleistet.
34

35 **Begründung:**

36 Das in Art. 294 AEUV geregelte ordentliche Gesetzgebungsverfahren sieht getrennte Beratungen der
37 drei Gesetzgebungsorgane Kommission, Ministerrat und Europäisches Parlament (EP) in ein, zwei
38 oder drei Lesungen bis zur Einigung über ein Gesetzgebungsprojekt vor. Außerhalb des durch die
39 europäischen Verträge vorgesehenen Verfahrens hat sich das sog. Trilogverfahren entwickelt. Das
40 bedeutet, dass die Vertreter von Ministerrat, Kommission und Europäischem Parlament vor der 1.
41 Lesung vielfach die Inhalte von EU-Gesetzen (Richtlinien oder Verordnungen) direkt und unter

1 Ausschluss der Öffentlichkeit am runden Tisch verhandeln. Dabei werden der Vorschlag der
2 Kommission, die Version mit den Änderungen des EP und die präferierte Textfassung des
3 Ministerrats in einem Papier einander synoptisch gegenübergestellt.
4 Als 4. Spalte enthalten diese multi-column-documents den trilogisch ausgehandelten
5 Kompromisstext.
6 Der in den Trilogen verhandelte Text wird im Plenum von EP und Ministerrat anschließend formal
7 beschlossen. **Die eigentliche Entscheidung fällt in den Trilog-Verhandlungen.** Die Triloge bilden
8 damit die entscheidende Phase des Gesetzgebungsverfahrens.
9 Der EuG hat das Trilog-Verfahren als Bestandteil des europäischen Gesetzgebungsverfahrens
10 anerkannt.
11
12 **Konsequenterweise sollten die Trilog-Dokumente deshalb genauso behandelt werden wie die**
13 **anderen EU-Gesetzgebungsdokumente, nämlich sie sollten bedingungslos veröffentlicht werden.**
14 Dementsprechend hat der EuG entschieden, dass die Bürgerinnen und Bürger regelmäßig Zugang zu
15 den Trilog-Dokumenten erhalten müssen.
16 Weil die Klage auf den Zugang zu den Dokumenten durch Herrn de Capitano auf Grund der
17 Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 gerichtet war, hat der EuG auch nur darüber entschieden.
18
19 Politisch ist es jedoch nicht ausreichend, dass immer jeweils ein/e Bürger/in Zugang zu bestimmten
20 Trilog-Dokumenten beantragen muss. **Die Trilog-Dokumente müssen vielmehr der Öffentlichkeit,**
21 **insbesondere der Presse allgemein zugänglich sein.** Das geltend gemachte Geheimhaltungsinteresse
22 hat der EuG im Verhältnis zu den Interessen der Bürgerinnen und Bürger nicht als Hinderungsgrund
23 gegen die Veröffentlichung anerkannt.
24
25 Nur bei einer allgemeinen Veröffentlichung kann eine Diskussion über die einzelnen
26 Gesetzgebungsverfahren in den nationalen Öffentlichkeiten und in der europäischen Öffentlichkeit
27 entstehen.
28
29 Wenn Positionen der einzelnen nationalen Regierungen durch Veröffentlichung der Trilog Papiere
30 bekannt werden, **können sich die nationalen Minister*innen nicht mehr hinter angeblichen**
31 **Zwängen oder hinter ihren europäischen Kollegen verstecken,** wenn Sie z. B. Vorschläge zur
32 Verbesserung der Steuergerechtigkeit, zum Konsumentenschutz oder zur Verbesserung des
33 Umweltschutzes blockieren.
34
35 Außerdem kann nur bei Öffentlichkeit des gesamten Gesetzgebungsverfahrens und der dadurch
36 ermöglichten Berichterstattung durch die Presse erreicht werden, dass die Bürger/innen die EU-
37 Gesetzgebung verstehen.
38
39 Es geht auch nicht an, dass die Lobbyisten immer über die Einzelheiten der Gesetzgebungsvorhaben
40 bestens unterrichtet sind, den Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe am Gesetzgebungsverfahren
41 aber in seiner entscheidenden Phase verweigert wird.

1 **Antrag 25**

2
3 **Antragsteller:** AK Europa, Düsseldorf

4 **Adressaten:** S&D Fraktion im Europäischen Parlament, SPD Bundestagsfraktion, SPD-Mitglieder
5 der Bundesregierung, SPD Landtagsfraktion in NRW
6
7

8 ***TRANSPARENZ IM EUROPÄISCHEN RAT UND DEM RAT DER*** 9 ***EUROPÄISCHEN UNION***

10
11 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

12
13 Abstimmungen im Europäischen Rat sowie dem Rat der Europäischen Union („Rat“, „Ministerrat“)
14 sind dergestalt zu veröffentlichen, dass das Votum jedes abstimmenden Mitglieds veröffentlicht wird.
15

16 Protokolle von Sitzungen des Europäischen Rates sowie des Rates der Europäischen Union sind zu
17 veröffentlichen.
18
19

20 **Begründung:**

21 Die Bürgerinnen und Bürger empfinden Entscheidungen auf europäischer Ebene als intransparent –
22 und damit als tendenziell unglaubwürdig. Dies befördert eine Skepsis gegenüber den europäischen
23 Institutionen und der Europäischen Union als Ganzes.
24

25 Die Veröffentlichung von Abstimmungen und Protokollen in der beschriebenen Art würde öffentlich
26 machen, wie einzelne Mitgliedstaaten ihre Positionen begründen und welche Positionen in
27 Abstimmungen einnehmen. Nationale Vertreter*innen müssten sich dann ggf. erklären, wenn sie
28 europäische Lösungen verhindern oder verschleppen.
29

Antrag 26

Antragsteller: AK Europa, Düsseldorf, Jusos Düsseldorf

Adressaten: S&D Fraktion im Europäischen Parlament, SPD Bundestagsfraktion, SPD-Mitglieder der Bundesregierung, SPD Landtagsfraktion in NRW

Aufstellung und Förderung von einem

„EUROPÄISCHEN PROGRAMM FÜR SANIERUNG UND AUSBAU VON INFRASTRUKTUREN“

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der Einsturz einer Autobahnbrücke in Genua / Italien im Sommer 2018 hat viel Aufmerksamkeit erregt und Diskussionen geweckt. Das tragische Ereignis, das 43 Todesopfer verursachte, ist aber auch ein deutliches Signal, das auf den Zustand vieler gebauter Infrastrukturen nicht nur in Italien hinweist.

Auch in Deutschland gibt es viele baufällige oder schon stillgelegte Spannbetonbrücken. Und auch sonst einen gewaltigen "Sanierungsstau" bei Infrastrukturen aller Art. Das Problem ist also vielmehr ein gesamteuropäisches. Öffentliche Bauten aller Arten, auch Verwaltungs-, Schul- und Bildungsbauten müssen in Bestand und Nutzung den Anforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst, saniert und erweitert werden. In allen Regionen. In den Städten wie auf dem Land. Dort zudem fehlen allzu häufig die Mittel, um über „notdürftige Reparaturen“ hinauszukommen. Die Behebung erfordert viel Geld und Koordination. Kluge voraus schauende Planung und Umsetzung auf allen Ebenen. Sie bietet aber auch umso mehr Chancen.

Deswegen fordern wir die Aufstellung eines solchen Programmes, das

- gesamteuropäische Standards neu entwickelt und vor Ort angepasst umsetzt;
- Ausbildung und Austausch fördert zwischen europäischen Regionen;
- Bau- und Planungsprozesse einem strengen Monitoring in Zeitplanung und Kostensteuerung unterordnet, aber auch entsprechend bedarfsgerecht evaluiert;
- Zielorientierte Bedarfsplanung weiterführt und Richtlinien für Brandschutz und Sicherheitstechnik wie für energetische Sanierung und nutzergerechte Zukunftstauglichkeit von Stadt und Region paritätisch zusammenfaßt;
- dabei gleichzeitig die Umsetzung und die Bereitstellung von Steuerungsinstrumenten gewährleistet;
- somit auch Auf- und Umbauprogramme zur besseren Vernetzung von Städten und Regionen grenzübergreifend entwickeln hilft;
- Pragmatismus in europäischen Geist zielorientiert umsetzt. Und weiter baut.

Eine entsprechende Struktur von Wettbewerb in Planung und Ausführung soll dabei auch mittels einer Gouverneursebene geschehen, die die Projektentwicklung lokal und regional steuert und somit

- 1 auch Hindernissen wie Korruption, Verwaltungsüberhang etc. entgegen zu treten vermag. Mittels
- 2 Leit- und Richtlinien und der entsprechend erforderlichen Kompetenz.
- 3 Das Wichtigste jedoch ist, dass somit eine Brücke zwischen lokalem Handwerk und europäischen
- 4 Institutionen gebaut wird, die an der notwendigen Wiederherstellung von „Allmenden“, also Gütern
- 5 des „allgemeinen Wohles“ zusammenarbeitet.
- 6 Und somit europäische Demokratisierung von oben und von unten weiter baut.

1 **Antrag 27**

2
3 Antragsteller: ASG Düsseldorf

4 Adressaten: Europaparteitag der SPD Düsseldorf, Bundesvorstand der SPD, Ausschuss für die
5 Angelegenheiten der Europäischen Union im deutschen Bundestag, Fraktion der Progressiven Allianz
6 der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament,
7

8 ***EU-weite Lösung des Fachkräftemangels im medizinischen Bereich***

9
10 Der Europaparteitag der SPD Düsseldorf möge beschließen:

11
12 Die derzeitige und zukünftige Regierung der Bundesrepublik Deutschland und das Europäische
13 Parlament erarbeiten eine langfristige und nachhaltige EU-weite Lösungsstrategie zur Bekämpfung
14 des Fachkräftemangels im medizinischen Bereich. Dazu zählen insbesondere die Berufsgruppen der
15 Mediziner*innen, der Gesundheits- und Krankenpflege sowie Altenpflege, der Therapeut*innen
16 sowie der Rettungsdienste.

17 Ziel dieser subsidiären und supranationalen Lösungsstrategie muss eine EU-weite Stärkung der
18 Ausbildung in diesen Bereichen sein, ohne auf die Rekrutierung auswärtiger Fachkräfte zu setzen, da
19 dies den bereits existierenden "Braindrain" nur weiter fördern würde.
20

21 **Begründung:**

22
23 Laut Verordnung (EU) 282/2014 bilden die folgenden Punkte das aktuelle (2014 - 2020)
24 Gesundheitsprogramm "Health for growth" der EU:

- 25 1. Promote health, prevent disease and foster **healthy lifestyles** through 'health in all policies',
- 26 2. Protect EU citizens from serious **cross-border health threats**
- 27 3. Contribute to innovative, efficient and sustainable **health systems**
- 28 4. Facilitate access to **high quality, safe healthcare** for EU citizens.

29 In vielen Ländern der EU, besonders auch in Deutschland, werden diese Ziele aber durch einen teils
30 fundamentalen Mangel an Fachkräften im Gesundheitswesen gefährdet.

31 Der Punkt "Bekämpfung des Fachkräftemangels" fehlt, nach aktuellem Kenntnisstand der
32 Antragstellenden, in den aktuellen Zielen und Programmen der Europäischen Union.

33 Auf Bundesebene sieht es ebenfalls nicht nach einer zuverlässigen und langfristigen Lösung des
34 Problems aus.
35

1 **Antrag 28**

2
3 Antragssteller: ASG Düsseldorf

4 Adressaten: Europaparteitag der SPD Düsseldorf, Bundesvorstand der SPD, Ausschuss für
5 die Angelegenheiten der Europäischen Union im deutschen Bundestag, Fraktion der
6 Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
7

8 ***EU-weit gültige Ausbildungs- und Qualitätsstandards für*** 9 ***medizinisches Pflegepersonal und Therapeut*innen***

10
11 Der Europaparteitag der SPD Düsseldorf möge beschließen:

12 Das Europäische Parlament erarbeitet eine Verordnung für langfristige und nachhaltige
13 EU-weit gültige Ausbildungs- und Qualitätsstandards für medizinisches Pflegepersonal, im
14 genaueren der Gesundheits- und Krankenpflege sowie Altenpflege, sofern differenzierbar,
15 und Therapeutische Berufe, explizit in der Ergotherapie, Physiotherapie, Logopädie,
16 Orthoptik sowie Podologie.

17 Diese supranational vereinbarten Standards sind auf nationalstaatlicher Ebene umzusetzen.
18

19 Begründung:

20 Seit dem Bologna-Prozess von 1999 bieten sich für Studierende in der EU deutlich
21 vereinfachte Strukturen, Austauschmöglichkeiten und Berufschancen außerhalb der
22 Herkunftsländer. Im medizinischen Arbeitsfeld ist diese Entwicklung zu großen Teilen noch nicht
23 angekommen. Noch immer werden, besonders in Deutschland, nationalstaatliche Lösungen verfolgt,
24 anstatt sich gemeinsam mit, oder auch durch lernen von, den anderen Mitgliedstaaten
25 weiterzuentwickeln. Noch immer müssen in Deutschland ausgebildete Fachkräfte in vielen anderen
26 Mitgliedsstaaten umfangreiche Nachprüfungen oder -qualifikationen liefern - mitunter ist eine
27 Arbeitsaufnahme nahezu unmöglich (Vgl. Examierte Physiotherapeuten aus Deutschland
28 in den Niederlanden) - und Vice Versa.

29 Dies widerspricht dem Grundsatz des freien Personenverkehrs innerhalb der Europäischen
30 Union und Bedarf einer supranationalen Regelung.
31

1 **Antrag 29**

2
3 **Antragsteller:** AK EUROPA

4 **Adressaten:** SPD Bundestagsfraktion, SPD Landtagsfraktion in NRW, SPD-Mitglieder der
5 Kultusministerkonferenz
6
7

8 ***ANMERKUNGEN ZUM EUROPÄISCHEN BILDUNGSRAUM***

9
10 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

11
12 Die Kultusministerkonferenz (KMK) wird aufgefordert, sich bei der Entwicklung des europäischen
13 Bildungsraum stärker für Austauschmöglichkeiten von Schüler*innen aller Schultypen einzusetzen –
14 auch mit finanzieller Unterstützung.
15

16 Des Weiteren muss daran gearbeitet werden, dass der Ausbildungszweig stärker an
17 Auslandserfahrung profitieren kann, auch wenn in anderen Ländern diese Ausbildung an einer
18 Universität stattfindet.
19

20 Zu guter Letzt soll bei der Errichtung des Europäischen Bildungsraumes weniger der wirtschaftliche
21 Nutzen von Bildung im Fokus stehen, wie er es vor allem beim Bolognaprozess der Fall ist, sondern
22 der soziale und menschliche. Damit soll verhindert werden, dass Bildung weiter zu einer Ware, die
23 wirtschaftlichem Wettbewerb ausgesetzt ist, und der Zugang zu Bildung weiter liberalisiert wird.
24

25 **Begründung:**

26 Ein Europäischer Bildungsraum muss möglichst allen zugänglich sein. Dazu gehört, dass sich die
27 Bundesländer stärker dafür einsetzen, dass die Besonderheiten des deutschen Schulsystems sowie
28 dem Ausbildungszweig besser Rechnung getragen wird.

29 Des weiteren sehen wir in den letzten einen deutlichen Trend dahin, dass Bildung nur noch unter
30 dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Nutzen betrachtet wird. Die Idee, dass Bildung Menschen
31 über ihre wirtschaftlichen Aufgaben hinaus fördert, ist stark in den Hintergrund getreten. Sprachen
32 lernen zum Beispiel ist aber nicht nur von wirtschaftlichem Vorteil, sondern ist für das Individuum
33 auch darüber hinaus von Wert.
34

1 **Antrag 30**

2

3 Antragsteller*innen: Jusos Düsseldorf

4 Adressat*innen: Mitglieder der S&D Fraktion des Europäischen Parlaments , SPD-Mitglieder in der
5 Bundesregierung sowie der Bundestagsfraktion

6

Antrag zur Reduktion von Plastikmüll

7

8 Die Mitglieder der S&D Fraktion des Europäischen Parlaments und die SPD-Mitglieder in der
9 Bundesregierung sowie der Bundestagsfraktion werden aufgefordert, eine Strategie zu erarbeiten zur
10 Reduktion von Plastikmüll. Dazu fordern wir folgende Maßnahmen:

- 11 • Eine Kommission, die ein verbindliches ökologisches Siegel für die Verpackungsherstellung
12 erarbeiten soll
- 13 • Einweg – Plastikartikel, für die es Alternativen gibt, zu verbieten
- 14 • finanzielle Beteiligung der Hersteller bei der Entsorgung von nicht-recyclebarem Plastik
- 15 • größere finanzielle Unterstützung für Firmen mit alternativen, ökologischen
16 Verpackungsmodellen, z.B. durch Ausweitung des „LIFE“-Programms für alternative
17 Verpackungen
- 18 • Aufhebung der Subventionierung der Plastikherstellung

19

20 **Begründung:**

21

22 Die weltweite Verschmutzung der Weltmeere durch Plastikmüll, verstärkt durch die hohe
23 Halbwertszeit von Plastik, wodurch viele Tiere sterben, muss uns zu einem Umdenken beim
24 Verbrauch von Plastik zwingen. Außerdem ist auch die Verbrennung von Plastik sehr umwelt- und
25 gesundheitsschädlich. Aus diesen Gründen müssen sofortige Maßnahmen ergriffen werden, damit es
26 weniger Plastikmüll gibt.

27

1 **Antrag 31**

2

3 Antragsteller: Jusos Düsseldorf

4 Adressat*innen: SPD Mitglieder der S&D Fraktion des Europaparlaments, SPD Mitglieder des

5 Bundestags, Bundesparteitag, Unterbezirksparteitag

6 ***Recycling und transparente Entsorgungsstrategien des***
7 ***Plastikmülls im Entstehungsland***

8 Zur Vermeidung von nicht-umweltgerechter Entsorgung von Plastikmüll muss der in der EU
9 entstandene Plastikmüll auch innerhalb der EU recycelt werden.

10 Zudem muss der Anteil des Plastikmülls, der recycelt wurde und der anderweitig durch zum Beispiel
11 Verbrennung entsorgt wurde, eindeutig statistisch erfasst und dokumentiert werden.

12 **Begründung:**

13 Bislang wurde der Plastikmüll aus Deutschland und anderen EU-Staaten nach China exportiert, wo
14 der recyclingfähige Anteil des Plastikmülls weiterverarbeitet wurde. Dort erfolgte die Müllsortierung
15 teilweise noch von Hand und führte zu gesundheitlichen Schäden der Arbeiter*innen.

16 Die Entsorgung des nicht-recyclingfähige Anteils war oft intransparent.

17 Seit Anfang des Jahres 2018 erhängte China jedoch einen Importstopp von Plastikmüll.

18 Die Entstehung neuer Export- oder Transitwege in andere Länder mit unzureichender Infrastruktur
19 der Müllentsorgung oder nicht-nach verfolgbaren Abfallentsorgungsabläufen soll somit verhindert
20 werden, da auch dies zur Verschmutzung der Umwelt und dem Anstieg des Plastikmülls in den
21 Meeren führen würde.

22 Zudem soll so der Druck zum Ausbau der Recycling-Infrastruktur in Deutschland und der EU von
23 Plastik gefördert werden um den Recyclinganteil zu steigern und vor allem um einen weiteren Anreiz
24 zur Reduktion von Plastikmüll zu setzen.

25

1 **Antrag 32**

2

3 Antragsteller*innen: Jusos Düsseldorf

4 Adressat*innen: Mitglieder der S&P-Fraktion im Europäischen Parlament, SPD-Mitglieder in der
5 Bundesregierung, SPD-Mitglieder im Deutschen Bundestag

6 ***Antrag zur Vermeidung der Verunreinigung der Meere durch*** 7 ***Fischereinetze und Fischereimaterialien***

8 Die Mitglieder der S&P-Fraktion im Europäischen Parlament, die SPD-Mitglieder in der
9 Bundesregierung, die SPD-Mitglieder im Deutschen Bundestag werden aufgefordert Maßnahmen
10 gegen die Verunreinigung der Weltmeere durch Fischereinetze und Fischereimaterialien zu
11 beschließen. Dazu fordern wir folgende Maßnahmen:

- 12 – Die Herstellerverantwortung der Netzhersteller muss dahingehend erweitert werden, dass die
13 Ausgabe der Fischereinetze nur noch mit einer eindeutigen Identifikationsnummer erfolgt, die
14 vom Hersteller auch dokumentiert wird. Der Erwerb von Fischernetzen aus dem EU-Ausland
15 ohne eine eindeutige Identifikationsnummer muss verboten werden.
- 16 – Die Anbringung der Identifikationsnummer muss so engmaschig sein, dass auch bei Teilabrissen
17 von Netzen die Bestandteile eindeutig identifiziert werden können.
- 18 – Die Fischereien werden verpflichtet anzugeben, zu welchen Zeiten und auf welchen Schiffen die
19 Netze im Einsatz waren um den Verlust von Netzen nachverfolgen zu können und eine Bergung
20 zu erleichtern.
- 21 – Auf Anfrage der EU-Länder und der jeweiligen Umweltämter oder der EU-Kommission sind die
22 oben genannten Dokumentationen vorzulegen.
- 23 – Es muss ein Fond eingerichtet werden, über den die Bergungen der Fischereinetze und -
24 utensilien finanziert wird. Dieser wird über die erweiterte Herstellerverantwortung mitfinanziert.
25 Zudem muss ein in fester Anteil aus den EU-Subventionen an den EMFF, der ansonsten der
26 direkten Subvention der Fischereien zur Verfügung gestellt werden würde, ebenfalls diesen Fond
27 zur Bergung von Fischereinetzen finanzieren.
- 28 – Der Einsatz und Verkauf von bleihaltigen Fischereinetzen und -materialien muss umgehend
29 verboten werden. Die Entwicklung von Fischereinetzen aus nachhaltigen und zersetzbaren
30 Materialien wird gefördert.
- 31 – Der Einsatz von FADs (fish aggregating device) muss umgehend verboten werden.

1 **Begründung:**

2

3 Verlorene oder absichtlich im Meer entsorgte Fischereinetze und Fischereimaterialien stellen ca. 27%
4 des Plastikabfalls im Meer dar. Diese Materialien haben lange Zerfallszeiten von bis zu 600 Jahren in
5 den Meeren. Zudem stellen sie eine tödliche Falle für Meereslebewesen dar, die sich beim
6 „ghostfishing“ in den entsorgten oder verlorenen Fischereinetzen verfangen und einen sinnlosen und
7 qualvollen Tod sterben. Zusätzlich erschweren bleihaltige Netze das Recycling und führen durch
8 Materialabrieb zu einer Bleibelastung der Gewässer, der Fische und letztendlich auch der
9 Verbraucher.

10 Auch wirtschaftliche Interessen und die Folgen für die Ernährung durch die Gefährdung der
11 Fischbestände und dem Anstieg von Mikroplastik in den Gewässern sollten zu Maßnahmen für die
12 Verringerung des Fischereimülls führen.

13 Durch die EU Kommission wurden die Fischereien bereits verpflichtet verlorenes Fischereiplastik
14 zurückzuholen bzw. den Verlust zu melden. Meldungen erfolgen jedoch nur selten, da die
15 Finanzierung der Netzbergungen nicht gesichert ist und Fischereien befürchten die Kosten selbst
16 tragen zu müssen. Jedes EU-Land mit einem Hafen muss bereits eine Hafenauffangeinrichtung zur
17 Verfügung stellen, in der auf den Schiffen produzierter Abfall entsorgt wird und nicht die Gewässer
18 verschmutzt. Eine Herstellerverantwortung für Fischernetze ist bereits durch die EU geplant, damit
19 die Kosten für die Entsorgung der Netze nicht von den Hafenauffangeinrichtungen auf die Fischer
20 übertragen werden, was die Motivation der Abgabe der defekten Netze mindern würde.

21 Auch wenn hierdurch die absichtliche Entsorgung von Fischereinetzen im Meer reduziert wird,
22 kommt es durch Verlust oder Abriss von Netzteilen, vor allem in der Tiefseefischerei, weiterhin zur
23 Meeresverschmutzung. Ein weiteres Problem stellt der Einsatz von sogenannten FADs dar, die dafür
24 sorgen, dass sich die Fischkonzentration an einer bestimmten Stelle erhöht und somit auch die
25 Fischfangrate. Hierbei werden auch andere, gefährdete Meereslebewesen wie Schildkröten, Wale,
26 Delphine oder Haie oder angelockt werden kommt es zu einem hohen Beifang. Von dieser
27 Problematik sind auch Jungfische betroffen, die wichtig für den zukünftigen Erhalt der
28 Fischpopulationen sind, aber noch nicht geeignet für den Lebensmittelhandel.

1 **Antrag 33**

2

3 Antragstellende: Jusos Düsseldorf

4 Adressat: UB-Parteitag

5

6 ***Bessere Dokumentation der Förderung von Projekten in NRW***
7 ***durch die Europäische Union***

8

9 Der UB-Parteitag möge beschließen, die SPD Landtagsfraktion im nordrhein-westfälischen Landtag
10 aufzufordern, sich für die bessere Dokumentation der Förderungen der EU durch das Land NRW
11 einzusetzen.

12

13 **Begründung:**

14

15 Euroskeptizismus greift in Deutschland und Europa immer weiter um sich. Dagegen hilft nur, den
16 Einfluss der EU praktisch und vor Ort für die Menschen sichtbar zu machen. Dazu muss die
17 Informationslage jedoch besser werden, damit sich Interessierte auch vernünftig informieren
18 können.

19

1 **Antrag 34**

2

3 Antragsteller: Ortsverein Bilk

4 Adressat*innen: Unterbezirksparteitag, SPD Landtagsfraktion

5

6 ***EU stärker in den Kommunen verwurzeln***

7

8 Die SPD Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen wird aufgefordert, die Landesregierung
9 aufzufordern, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit alle Kreisverwaltungen und die
10 Verwaltungen kreisfreier Städte sowie mittlere und große kreisangehörige Städte mindestens eine*n
11 Vollzeit- EU-Beauftragte*n einrichten können.

12

13 Begründung:

14 Die EU bietet Unterstützung für eine Vielzahl von Projekten. Dabei kann es sich um Vernetzung und
15 Zusammenarbeit von europäischen Kommunen untereinander, aber auch künstlerische und
16 sportliche Veranstaltungen handeln. Dies ist eine Chance, die EU hautnah zu erleben und vor Ort
17 sichtbar zu machen.

18 Um von diesen Möglichkeiten profitieren zu können, muss jedoch das Wissen vor Ort dafür
19 vorhanden sein. Dafür soll jede Kommune mindestens eine Person haben, die informieren und
20 Hilfestellungen geben kann. Dies soll sowohl innerhalb der Verwaltung als auch außerhalb mit
21 Vereinen, Verbänden etc. geschehen. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen leiden unter
22 Sparzwang und können sich häufig eine solche Person nicht leisten.

23 Eine dementsprechende Förderung könnte zusätzlich etwa durch mehr Landesmittel für
24 Europaaktivitäten (z.B. ein Top-up für die Landeswettbewerbe oder mehr Mittel im Rahmen des
25 Leitprogramms europaaktive Kommune NRW) oder die Definition von kommunaler Europaarbeit als
26 pflichtige kommunale Aufgabe geschehen.

1 **Antrag 35**

2
3 **Antragsteller:** AK EUROPA

4 **Adressaten:** SPD Düsseldorf, Ratsfraktion der SPD Düsseldorf, Oberbürgermeister der
5 Landeshauptstadt Düsseldorf
6

7 ***EUROPA IN DÜSSELDORF SICHTBARER MACHEN***

8
9 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

10
11 Damit die Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Europäischen Union (im folgenden: *Europa*) wieder
12 aufgeschlossener werden, muss *Europa* in seinen Inhalten, aber auch in seinen Symbolen deutlich
13 öfter ins Bewusstsein gerufen werden.

14 *Europa* muss sichtbarer werden, wenn die SPD in Düsseldorf auftritt.

15 Im ersten Schritt werden dazu folgende Maßnahmen umgesetzt:

- 16 • Eine europäische Beflaggung wird **Pflicht** vor öffentlichen Institutionen der Stadt. Sollte
17 höherrangiges Recht dieser kommunalen Pflicht entgegenstehen, so verpflichtet sich die Stadt
18 Düsseldorf im Rahmen ihrer Gestaltungsmöglichkeiten (die sie hat) dazu.
- 19 • Neben bestehenden *europa*-orientierten Maßnahmen der Stadt, die die SPD Düsseldorf
20 ausdrücklich und nachhaltig unterstützt, wird für jede europäische **Partnerstadt** eine separate
21 Veranstaltung pro Jahr durchgeführt, in der der gemeinsame Gedanke Europas hervorzuheben
22 ist. Die Veranstaltung ist der gesamten Bürgerschaft zugänglich und wird von der Stadt
23 publikumswirksam propagiert. Das Konzept der Partnerstädte ist darüber hinaus auszubauen.
24 Auf diese Weise bemerken die Bürgerinnen und Bürger sehr viel deutlicher, wie verwoben sie
25 mit anderen Teilen *Europas* sind.
- 26 • Gebäude und Institutionen, die durch Mittel der Europäischen Union (mit-)finanziert oder
27 anderweitig gefördert wurden oder werden, erhalten eine deutlich und unmittelbar sichtbare
28 sowie großflächige Markierung, die darauf unmissverständlich hinweist.

29
30 **Begründung:**

31 Erfolgt mündlich

1 **Antrag 36**

2

3 Antragsstellende: Jusos Düsseldorf

4 Adressat: Unterbezirksparteitag, Parteivorstand der SPD

5 ***Europa braucht eine europäische Sozialdemokratie!***

6

7 Die Mitglieder des Parteivorstandes werden aufgefordert, sich für den Ausbau der Party of European
8 Socialists (PES) zu einer echten paneuropäischen Partei bis zur Europawahl 2029 einzusetzen.

9 Ein notwendiger Schritt dazu ist, die Parteimitgliedschaft für natürliche Personen zu öffnen.

10 Gleichzeitig müssen die parteiinternen Strukturen demokratisch gestaltet werden.

11

12 **Begründung:**

13

14 „Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen
15 Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur

16 Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.“ — Heidelberger Programm 1925

17 Die SPD muss die vereinigten Staaten von Europa endlich als ihr Kernthema begreifen. Ob es die

18 Bekämpfung des Niedriglohnsektors oder der Kampf gegen Steuerflucht ist, wir können die großen

19 Probleme der nächsten Jahrzehnte nur auf EU Ebene lösen. Eine kampagnenfähige Partei, die eine

20 starke Koordinierung der nationalen Parteien anstrebt ist deshalb unumgänglich. Die SPD als eine der
21 größten Sozialdemokratischen Parteien Europas muss hier mit gutem Beispiel vorangehen und

22 Kompetenzen und Geld an die PES abgeben. Dies muss jedoch mit einer Umstrukturierung der PES

23 hin zu einer wirklichen paneuropäischen Partei geschehen. Es ist für uns klar: Europa braucht eine

24 starke Sozialdemokratie, die internationalistische und sozialistische Werte vertritt und diese gegen

25 die Nationalisten und neo-Faschisten verteidigt. Wir müssen als PES und SPD zur treibenden Kraft in

26 der europäischen Integration werden.

27

1 **Antrag 37**

2

3 Antragstellerin: Jusos Düsseldorf

4 Adressat: SPD Bundesparteitag

5 ***Europawahlkampf europäisch gestalten!***

6 Der SPD Bundesparteitag wird aufgefordert keine*n nationale*n Spitzenkandidat*in aufzustellen und
7 den*die Kandidat*in der Fraktion Socialists and Democrats uneingeschränkt zu bewerben.

8

9 **Begründung:**

10

11 Ein*e deutsche*r Spitzenkandidat*in kandidiert für nichts. Eine zusätzliche Person zur Kandidat*in
12 für den Posten des*der Kommissionpräsident*in aufzustellen untergräbt die Idee von europäischen
13 Wahlen und die Aufgabe des Europäischen Parlaments.

14

1 **Antrag 38**

2
3 **Antragsteller:** AK EUROPA

4 **Adressaten:** SPD Düsseldorf, Vorstand der SPD Düsseldorf

5 6 7 **EUROPA SICHTBAR MACHEN IN DER SPD DÜSSELDORF**

8
9 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

10
11 Damit die Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Europäischen Union (im folgenden: *Europa*) wieder
12 aufgeschlossener werden, muss *Europa* in seinen Inhalten, aber auch in seinen Symbolen deutlich
13 öfter ins Bewusstsein gerufen werden. *Europa* muss sichtbarer werden, wenn die SPD auftritt.

14 Im ersten Schritt werden dazu folgende Maßnahmen umgesetzt:

- 15 • In das Logo der SPD Düsseldorf wird ein *Europa*-Symbol integriert. So wie der Radschläger die
16 Verbundenheit der SPD Düsseldorf mit der Stadt symbolisiert, sollte das einzufügende Symbol
17 die Verbundenheit der SPD Düsseldorf mit *Europa* verdeutlichen.
- 18 • Neumitglieder erhalten neben dem Parteibuch und anderen Unterlagen ein Exemplar der *Charta*
19 *der Grundrechte der Europäischen Union*.
- 20 • Die Website der SPD Düsseldorf wird um ein Register „*Europa*“ oder „*Europa in Düsseldorf*“
21 erweitert, möglichst farblich abgehoben. Hier werden z. B. (nicht abschließend)
- 22 ▪ grundlegende Informationen, wie Verträge, abgelegt,
 - 23 ▪ Links zu europäischen Institutionen bereitgestellt,
 - 24 ▪ aktuelle Kommentare oder Informationen zu Europa veröffentlicht,
 - 25 ▪ Auswirkungen von Europa auf Düsseldorf (Bau- / Unterstützungsmaßnahmen)
26 dargestellt,
 - 27 ▪ ein Link zur Düsseldorfer Parlamentarierin im Europäischen Parlament, Petra
28 Kammerevert, gesetzt.

29 Der AK EUROPA (und gerne andere Interessierte) erarbeiten gemeinsam mit der SPD Düsseldorf
30 das detaillierte Web-Konzept und füllen die Site regelmäßig inhaltlich.

- 31 • Die SPD Düsseldorf erwirbt eine Beach-Flag, die entweder ausschließlich als EU-Flagge gestaltet
32 ist oder entsprechend dem Logo um ein europäisches Symbol ergänzt ist.

33
34 **Begründung:**

35 Erfolgt mündlich

1 **Antrag 39**

2
3 Antragsteller*innen: Jusos Düsseldorf

4 Adressat*innen:
5

6 ***Wiedereinbindung Russland in offizielle Gespräche (G8 und NATO- 7 *Russland-Rat*)***

8
9 Russland soll wieder in die offiziellen Gesprächsrahmen eingebunden werden. Dazu gehören die
10 Wiedereinladung zu den G7, dann wieder G8- Gesprächen und die Wiederaufnahme der Gespräche
11 des NATO-Russland-Rates. Des Weiteren fordern wir die Einrichtung einer Russland-EU
12 Gesprächsrunde, die mindestens halbjährlich zwischen wechselnden Regierungsmitgliedern,
13 dem*der Kommissionspräsident*in sowie dem*der zuständige*n Kommissar*in stattfindet.
14

15 Begründung:

16 Ohne Russland kann es in Europa und weltweit keinen Frieden geben. In letzter Zeit erleben wir eine
17 zunehmende Zuspitzung der diplomatischen Provokationen und eine merkliche Erhaltung im Umgang
18 miteinander. Dadurch ist ein Klima entstanden, in dem Länder wie Schweden ihre Bevölkerung
19 wieder über Verhaltensweisen bei Kriegsausbruch - wie zu Zeiten des Kalten Kriegs - informieren.
20 Dies führt auch dazu, dass sowohl Russland als auch die NATO und EU Staaten aufrüsten, was nur
21 zusätzlich destruktiv wirkt und darüber hinaus gefährlich ist. Die Aufgabe Deutschlands als starkes
22 Mitglied in der EU und als internationaler Vermittler sollte es sein, auch zwischen den USA und
23 Russland schlichtend zu wirken. Diese Beschwichtigung im diplomatischen Umgang miteinander und
24 der Einsatz für eine sachliche Diskussion über Streitthemen muss Grundlage für eine Stabilisierung
25 des welt- und europapolitischen Klimas werden. Für einen solchen sachlichen diplomatischen
26 Umgang miteinander muss Russland wieder in offizielle Gespräche eingebunden werden.
27